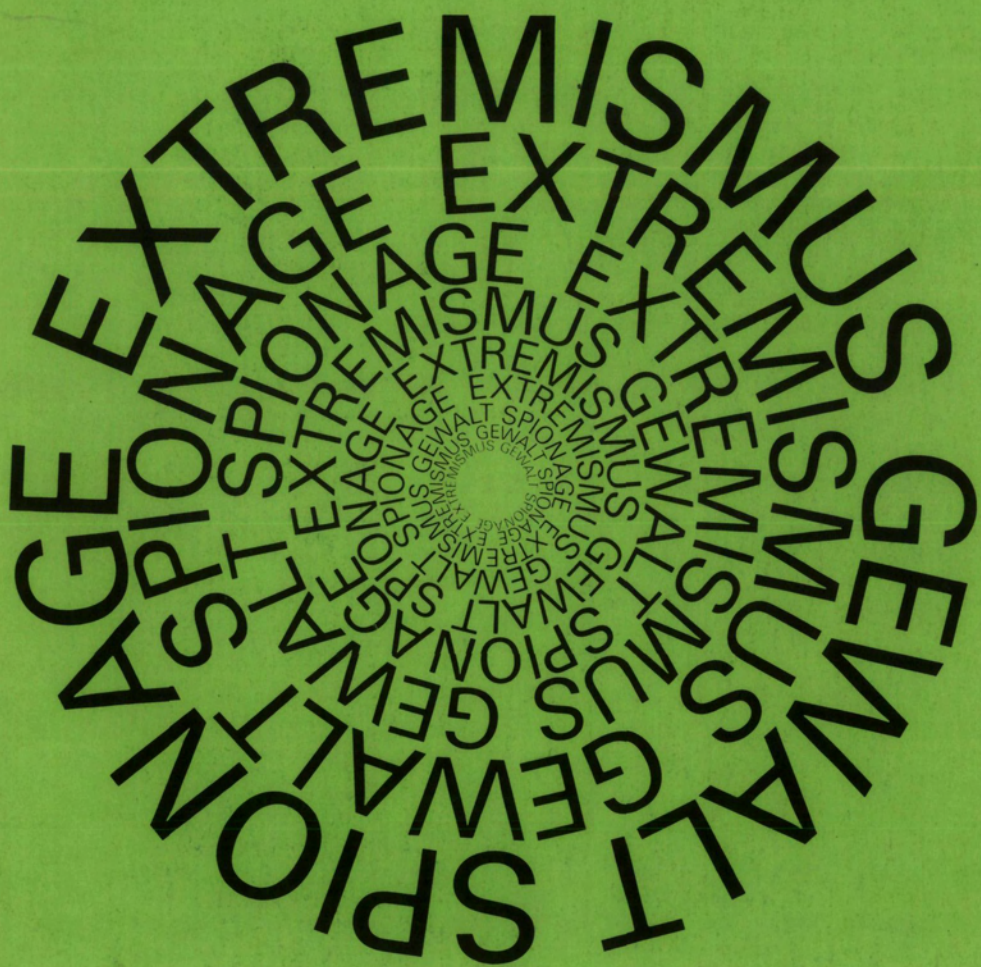




Schriftenreihe
der Landesregierung
Schleswig-Holstein

Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1981



Herausgeber:
Der Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein in Zusammen-
arbeit mit dem Leiter der Presse-
und Informationsstelle der Landes-
regierung

Schriften des Innenministers
Heft 23/1982

Gestaltung: Nach einer Vorlage von
i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:
Lübecker Nachrichten

ISSN-Nr. 0173 – 945 X
0173 – 9441

Zum Geleit

Es ist besorgniserregend, daß die Gewaltbereitschaft bei den Extremisten von links und von rechts auch Kreise erfaßt hat, die bislang nur über Gewalt diskutiert haben. Gewalttätige Demonstrationen, Brand- und Sprengstoffanschläge bis hin zu Morden haben zugenommen. Die Extremisten sind verstärkt dazu übergegangen, aus Problemsituationen und aus berechtigten oder vermeintlichen Ängsten der Bürger Ziele und Wege für ihren Kampf gegen unsere staatliche Ordnung zu übernehmen. So wird zunehmend das Thema »Frieden« von den Linksextremisten, das Thema »Ausländer« von den Rechtsextremisten mißbraucht. Dadurch wächst die Gefahr, daß sie vermehrt Sympathien in der Bevölkerung und ein größeres Potential für die Rekrutierung neuer Anhänger finden. Um so stärker gefordert sind die politischen Parteien, ihre freiheitlich-demokratischen Positionen überzeugend und in klarer Abgrenzung zu den Extremisten zum Ausdruck zu bringen.

Die Bestrebungen und Methoden von Verfassungsfeinden rechtzeitig zu erkennen, ist Aufgabe des Verfassungsschutzes. Diese Gefahren der Öffentlichkeit zu vermitteln, ist Sinn der Jahresberichte der Verfassungsschutzbehörden. Den Bürgern unseren freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat vorzuleben und sie möglichst weitgehend vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu schützen, bleibt Aufgabe der demokratischen politischen Parteien, der gesellschaftlichen Institutionen und insbesondere auch der Familien und der Schulen.

Der Verfassungsschutz ist Schutz unseres Staates und damit Schutz jedes einzelnen Bürgers. Er verdient deshalb Vertrauen.



Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

A

Seite	9 – 20	A.	Rechtsextremistische Bestrebungen
	10	1.	Wesen des Rechtsextremismus
	11 – 12	2.	Die Situation des Rechtsextremismus
	12 – 13	3.	Übersicht in Zahlen
	12 – 13	3.1	Organisationen und Anhänger
	13	3.2	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten
	13 – 16	4.	Neonazismus
	13 – 14	4.1	Organisationen
	14	4.2	Auslandsverbindungen
	14 – 15	4.3	Finanzierung
	15	4.4	Gewalttätige Aktivitäten
	15 – 16	4.5	Agitation
	16	4.6	Neonazis in Schleswig-Holstein
	16 – 18	5.	Nationaldemokratische Organisationen
	16 – 17	5.1	»Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)
	17 – 18	5.2	»Bürgerinitiative Ausländerstopp«
	18	5.3	»Junge Nationaldemokraten« (JN)
	19	6.	»National-Freiheitliche Rechte«
	19 – 20	7.	Sonstiger Rechtsextremismus
	19	7.1	»Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) / »Rathausbuchhandlung«
	20	7.2	»Nordischer Ring e. V.« (NR)
	20	7.3	»Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V.« (GfbAEV)
	20	7.4	»Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.«

B

Seite 21 – 40 **B. Linksextremistische Bestrebungen**

- 22 – 23 **1. Die Situation des Linksextremismus**
- 23 – 24 **2. Übersicht in Zahlen**
- 23 2.1 Organisationen und Anhänger
- 23 2.2 Linksextremistisch motivierte Straftaten
- 25 – 31 **3. Orthodoxe Kommunisten**
- 25 – 29 3.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)
- 25 3.1.1 Die Einbindung der DKP in die Politik der Sowjetunion
- 25 – 26 3.1.2 Der »Friedenskampf« der DKP
- 27 – 28 3.1.3 Die DKP zwischen Aussage und Absicht
- 28 – 29 3.1.4 Aktivitäten der DKP in Schleswig-Holstein
- 29 – 30 3.2 Nebenorganisationen der DKP
- 29 3.2.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)
- 30 3.2.2 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)
- 30 – 31 3.3 Von der DKP beeinflusste Organisationen
- 31 – 34 **4. Dogmatische »Neue Linke«**
- 31 – 32 4.1 »Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)
- 32 – 33 4.2 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)
- 33 – 34 4.3 »Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten« (KPD)
- 34 4.4 »Kommunistischer Bund« (KB)/ »Gruppe Z«
- 34 – 38 **5. Undogmatische »Neue Linke«**
- 34 – 35 5.1 Begriff und Herkunft der »Undogmaten«

Seite 35 – 36	5.2	Undogmatische »Neue Linke« in Schleswig-Holstein
36	5.2.1	Hausbesetzungen
36 – 37	5.2.2	Anti-Kernkraft-Bewegung
37 – 38	5.2.3	»Friedensbewegung«
38 – 40	6.	Linksextremistischer Terrorismus und sein Umfeld

C

Seite 41 – 46	C.	Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern
42	1.	Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)
42	2.	Internationaler Terrorismus
42 – 46	3.	Politischer Ausländerextremismus
43	3.1	Türken
43	3.1.1	Türkische Rechtsextremisten
43 – 44	3.1.2.	Türkische Linksextremisten
44 – 45	3.1.3	Politische Auseinandersetzungen zwischen rechts- und links- extremistischen Türken
45	3.2	Iraner
45	3.3	Araber/Palästinenser
46	3.4	Pakistani
46	3.5	Afghanen
46	3.6	Chilenen

D

Seite 48 – 52	D.	Spionageabwehr
48	1.	Allgemeines
48 – 52	2.	Ostblock-Spionage in Schleswig-Holstein
48	2.1	Umfang, Zielrichtung und Methoden
49 – 52	2.2	Ein Schwerpunkt in der Methodik der DDR-Nachrichtendienste: Die Anwerbung von Jugendlichen
50 – 52	2.3	Einzelfälle
52	2.4	Festnahmen

**Gesetz
über den Verfassungsschutz im
Land Schleswig-Holstein
in der Fassung vom 14. Juni 1979**

**Abschnitt I
Gesetzliche Grundlagen des
Verfassungsschutzes**

**§ 1
Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

**§ 2
Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Gel-

tungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die ansicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entscheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

**§ 3
Befugnisse und Zusammenarbeit
mit anderen Stellen**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungs-

schutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle nicht angegliedert werden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.

(3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

(5) Die Verfassungsschutzbehörde kann die ihr zugänglichen personenbezogenen Daten auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

§ 4

Bedienstete

Mit Aufgabender Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzt.

§ 5

Durchführung

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Abschnitts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Abschnitt II

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes

§ 6

(1) In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 7

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 8

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

§ 9

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 10

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

Abschnitt III Inkrafttreten

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft*).

*) Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVBl. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungsvorschriften ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsvorschriften.

Rechts-
extremistische
Bestrebungen in
Schleswig-
Holstein 1981

A

A. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Wesen des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor keine homogene politische Bestrebung. Seine organisatorische Zersplitterung beruht jedoch nicht so sehr auf einer mangelnden Übereinstimmung der politischen Zielsetzung als vielmehr auf dem Fehlen eines für alle akzeptablen »Führers«. Bislang ist verbindendes Element aller rechtsextremistischen Bestrebungen die Ablehnung der demokratischen Staatsform. Kennzeichnend hierfür sind folgende Merkmale, die jedoch nicht gleichgewichtig oder mit gleicher Schärfe bei allen rechtsextremistischen Bestrebungen festzustellen sind:

- Bekämpfung der parlamentarischen Demokratie durch planmäßiges Herabsetzen ihrer Institutionen und Repräsentanten,
- ständige Behauptung, die Demokratie als Staatsform der Bundesrepublik Deutschland habe sich als ungeeignet für die Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme erwiesen,
- Forderung einer totalitären Regierungsform unter Bevorzugung des Führerprinzips,
- Überbewertung des »Volksganzen« bzw. der »Volksgemeinschaft« unter entsprechender Zurückstellung der Interessen des Individuums,
- Bekenntnis zu einem die Menschenrechte und den Gedanken der Völkerverständigung mißachtenden Nationalismus, sehr oft verbunden mit Herabsetzung und Ver-

achtung ausländischer Völker und Staaten,

- Vertreten rassistischer Ideen, insbesondere in der Form des Antisemitismus,
- Rechtfertigung und Verherrlichung des NS-Regimes unter Leugnen oder Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts bei gleichzeitigem Herausstellen angeblicher »besonderer Leistungen«.

Häufig werden solche oder ähnliche Forderungen und Thesen nicht offen oder nur in abgeschwächter Form vertreten. So werden zunehmend Forderungen zur »Ausländerfrage« von eigens zu diesem Zweck gegründeten Bürgerinitiativen »zur Ausländerbegrenzung« oder »zur Abwehr von Überfremdung« propagiert. Die rechtsextremistische Wurzel solcher Bestrebungen ist mitunter kaum noch erkennbar oder nachzuweisen. Dies gilt zum Beispiel für die für die Kommunalwahl 1982 gegründete »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« (KLA), zu deren Gründungsmitgliedern Personen gehören, die früher als Vertreter rechtsextremistischer Bestrebungen in Erscheinung getreten sind, und die sich als »Schutzgemeinschaft der einheimischen deutschen Bürger Kiels« dem Wähler anbietet.

Eine ausgeprägte Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist der Neonazismus. Hierzu gehören alle politischen Bestrebungen, die offen oder verdeckt, ganz oder teilweise die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches anstreben, also einen völkischen, aggressiv-antisemitischen, nach dem Führerprinzip organisierten, von einer totalitären Einheitspartei beherrschten »nationalsozialistischen« Staat.

2. Die Situation des Rechtsextremismus

Nachdem der Rechtsextremismus lange Jahre keine politische Kraft darstellte, beginnen viele seiner Anhänger wieder »Morgenluft zu wittern«. Ursächlich hierfür ist nicht so sehr der unwesentliche Anstieg der Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Organisationen und auch nicht die propagandistische Wirkung einzelner spektakulärer Aktivitäten, sondern die Tatsache, daß sich Rechtsextremisten aller Schattierungen einig sind, in der Einschätzung der »Ausländerfrage« ein nicht nur ihren eigenen Zielsetzungen entsprechendes, sondern auch das Bewußtsein mancher Bürger bewegendes Thema gefunden zu haben. Ähnlich wie die DKP mit dem »Friedenthema« rühmt sich die NPD, als erste politische Organisation die Brisanz der »Ausländerfrage« erkannt und durch entsprechende Agitation die demokratischen Parteien in Zugzwang gesetzt zu haben. Neben der NPD hoffen auch alle anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, durch eine dosierte und moderate Behandlung der »Ausländerfrage« weite Bevölkerungskreise emotional ansprechen und dadurch den erhofften »Ruck nach rechts« einleiten zu können. Um dies zu erreichen, klingen rassistische Töne nur unterschwellig an. Nur in neonazistischen Gruppen verdichtet sich die Aggression zur Hetze gegen Juden und gegen für die Ausländerpolitik politisch Verantwortliche; teilweise gipfelt sie in der offenen Aufforderung zum Mord.

Zusätzlich motiviert fühlen sich viele Rechtsextremisten durch die Ergebnisse der von der Bundesregie-

rung in Auftrag gegebenen Untersuchung des SINUS-Instituts über »Rechtsextremepolitische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland«, nach der ein weitaus größerer Bevölkerungsanteil als bislang angenommen für rechtsextremistische Agitation ansprechbar sein soll.

Der Optimismus führender Funktionäre rechtsextremistischer Organisationen kann sich bislang nicht auf einen bemerkenswerten Anstieg der Mitgliederzahlen stützen. So nahm die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) weiterhin an Mitgliedern ab. Zulauf hatten nur Organisationen zu verzeichnen, die sich auf die emotionale Propagierung bestimmter Themen wie die Behandlung der »Ausländerfrage« beschränken; dies trifft insbesondere für die »national-freiheitlichen« Organisationen des Dr. Gerhard FREY, München, und für die von NPD-Mitgliedern gegründete »Bürgerinitiative Ausländerstopp« zu.

Die anhaltende Bereitschaft von Neonazis, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt anzuwenden, zeigte sich in mehreren spektakulären Ereignissen, so in der Ermordung eines neonazistischen Gesinnungsgenossen in Norddeutschland durch Hamburger Täter, der Durchführung oder Planung von Banküberfällen und dem Anlegen umfangreicher Waffenlager in der Lüneburger Heide.

Die sich zu einer neonazistischen Sammlungsbewegung entwickelnde »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBd/PdA) wurde u. a. wegen ihrer in »Zielsetzung und Auftreten gezeigten Wesensverwandtschaft zur früheren NSDAP« Ende Januar 1982 vom Bundesminister des Innern verboten.

Die im Jahr 1979 in Frankfurt gegründete »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) beschränkte sich auf ihre satzungsgemäßen Aufgaben. Beide, VSBd/PdA wie HNG, unterhielten, wie auch andere neonazistische Gruppen, enge Kontakte zu anderen europäischen neonazistischen Organisationen, insbesondere zu der französischen »Faisceaux Nationalistes Européens« (F.N.E.), die deutsche neonazistische Organisationen logistisch unterstützt und flüchtigen deutschen Neonazis Unterschlupf in Frankreich gewährt.

In Schleswig-Holstein stagniert der Rechtsextremismus weiterhin. Die Mitgliederzahl der NPD sinkt nach wie vor ab. Zu einem organisatori-

schen Zusammenschluß der im Lande wohnenden Neonazis ist es wegen des Fehlens einer allseits anerkannten Führerpersönlichkeit bislang nicht gekommen.

Auch die Aktivitäten der »Bürger- und Bauerninitiative« ließen nach, nachdem sich ihr Leiter Thies CHRISTOPHERSEN ins Ausland absetzte, um einer Strafverbüßung zu entgehen.

3. Übersicht in Zahlen

3.1. Organisationen und Anhänger

In der Bundesrepublik Deutschland bestanden Ende 1981 71 (1980: 75) rechtsextremistische Organisationen und Gruppen mit insgesamt 20 300 (1980: 19 800) Mitgliedern nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften.

	1979				1980				1981			
	Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land	
	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.
Neonazistische Gruppen	23	1 400	3	145	22	1 200	3	110	16	1 250	1	100
»Nationaldemokratische« Organisationen	6	9 500	2	430	8	8 300	1	375	7	7 350	2	350
»National-Freiheitliche« Organisationen	6	6 400	4	90	6	13 500	5	160	4	10 400*	4	175
Sonstige Vereinigungen	34	4 000	4	75	39	3 300	5	85	44	3 300	5	85
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften	69	21 300	13	740	75	26 300	14	730	71	22 300	12	710
		4 000		50		6 500		50		2 000		40
		17 300		690		19 800		680		20 300		670
Unorganisierte Neonazis		—		—		600		20		600		30
		17 300		690		20 400		700		20 900		700

* Netto-Mitgliederzahl (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der »National-Freiheitlichen« Organisationen)

In Schleswig-Holstein sank die Zahl von 14 Organisationen im Jahr 1980 auf 12 im Jahr 1981; im selben Zeitraum ging die Zahl der Mitglieder von 730 auf 710 zurück; nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften blieb ein Potential von 670 Personen (1980: 680).

Die Zahl der neonazistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland sank im vergangenen Jahr von 22 auf 16 Organisationen, die insgesamt 1250 Mitglieder oder Anhänger (1980: 1200) aufwiesen, wobei 400 Förderer (1980: 400) mitgezählt sind. Hinzu kommen noch rd. 600 unorganisierte Neonazis. In Schleswig-Holstein besteht derzeit, nachdem zwei Gruppen zerfallen sind, nur noch die »Bürger- und Bauerninitiative« mit ca. 100 Anhängern bzw. Unterstützern. Darüber hinaus wohnen in Schleswig-Holstein noch 30 ehemalige Mitglieder inzwischen zerfallener neonazistischer Organisationen.

170 Neonazis und 80 Rechtsextremisten werden von den Sicherheitsbehörden als gewaltbereit eingestuft; hiervon leben 14 in Schleswig-Holstein.

3.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Wegen 116 rechtsextremistisch motivierter Straftaten wurden in Schleswig-Holstein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und zwar

- in einem Fall wegen Mordes,
- in zwei Fällen wegen Aufforderung zum Rassenhaß,
- in 25 Fällen wegen Schmierens und Klebens von Hakenkreuzen und anderer NS-Symbole,
- in 84 Fällen wegen Vorrätighaltens und Verbreitens von NS-Schriften sowie Tragens von NS-Kennzeichen,

- in vier Fällen wegen antisemitischer Schmähungen und Beleidigungen

Der erhebliche Anstieg gegenüber 1980 (62 Ermittlungsverfahren) beruht ausschließlich auf den Ergebnissen einer am 24. März durchgeführten bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen Bezüge neonazistischer Schriften aus den USA und Kanada, die zur Einleitung von 66 Ermittlungsverfahren in Schleswig-Holstein führte.

4. Neonazismus

4.1 Organisationen

Von den 16 neonazistischen Organisationen war die bedeutendste die Ende Januar 1982 vom Bundesminister des Innern verbotene »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit« (VSBd/PdA), die am 17. Juni 1971 in Krefeld unter dem Namen »Partei der Arbeit« gegründet worden war; Leiter war Friedhelm Busse, München. Sie hatte Landesverbände in Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen; weitere sollten gegründet werden, unter anderem in Schleswig-Holstein. Zusammen mit ihrer Jugendorganisation »Junge Front« hatte sie rund 120 Mitglieder. Durch zunehmend militante Haltung übte sie eine Sogwirkung im gesamten rechtsextremistischen Lager und insbesondere auf gewaltbereite Anhänger anderer neonazistischer Gruppen aus; hinzu kam, daß andere neonazistische Gruppen, wie z. B. die »NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO), ihre Anhänger aufforderten, der VSBd/PdA beizutreten. Diese konnte sich deshalb zu Recht

als Sammlungsbewegung des Neonazismus betrachten.

Die VSBD/PdA war in Zielsetzung und öffentlichem Auftreten der früheren NSDAP wesensverwandt; insbesondere glorifizierte sie Maßnahmen des »Dritten Reiches«.

Unterstützt wurde die VSBD/PdA von der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG), die noch 1980 versucht hatte, als Einigungsbestrebung im neonazistischen Lager aufzutreten, 1981 sich jedoch weitgehend auf ihre Aufgabe beschränkte, verurteilte oder flüchtige Gesinnungsgenossen und deren Angehörige zu unterstützen.

Die anderen neonazistischen Gruppen waren demgegenüber von geringerer Bedeutung.

4.2 Auslandsverbindungen

Um größere Wirksamkeit, auch auf nationaler Ebene, zu erreichen, arbeiten die europäischen neonazistischen Gruppen multinational zusammen. Hierbei spielt u. a. die französische Gruppe »Faisceaux Nationalistes Européens« (F.N.E.) eine koordinierende Rolle. Von deutscher Seite halten vor allem führende Funktionäre der nunmehr verbotenen VSBD/PdA einschließlich der »Jungen Front« und der HNG die Verbindungen aufrecht. Auf ausländischer Seite sind an der Zusammenarbeit u. a. beteiligt:

- »Vlaamse Militanten Ordre« und »Occident« in Belgien,
- »British Movement«, »Column 88« und »League of St. George« in Großbritannien,
- »White Power Movement/White Power Publications« und »National Socialist Party of Amerika« in den USA und

– »Western Guard Party/Samisdat Publishers« in Kanada.

Aus den USA und Kanada wird vor allem Publikations- und Propagandamaterial nach Westeuropa, insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust.

Seit 1980 ist auch eine bemerkenswerte Zunahme von Kontakten deutscher Rechtsextremisten zur palästinensischen »Al Fatah« festzustellen. So hielten sich 20 Aktivisten der »Wehrsportgruppe Hoffmann« nach dem im Januar erfolgten Verbot dieser Organisation im Libanon auf. Dort wurden sie nach eigenen Bekundungen in Lagern der »Al Fatah« im Umgang mit Waffen und Sprengstoff ausgebildet.

Gegenwärtig halten sich noch zehntausende von den Strafverfolgungsbehörden gesuchte Neonazis bei Freunden im westlichen Ausland verborgen.

Verlässliche Hinweise auf eine mitunter behauptete »braune« bzw. »schwarze« Internationale im Sinne einer neonazistischen Terroranschläge steuernden Zentrale gibt es bislang jedoch nicht.

4.3 Finanzierung

Neonazistische Gruppen finanzieren sich überwiegend durch Spenden aus dem In- und Ausland, zu denen sie erfolgreich in ihren Schriften aufrufen, und – nur zu einem geringen Teil – durch Mitgliedsbeiträge und Erlöse aus der Verbreitung von Publikationen. Ein Teil der Spenden fließt auch Gesinnungsgenossen und deren Familien zu, die aufgrund von Exekutivmaßnahmen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Spender sind überwiegend ältere Personen.

Nach dem Vorbild der linksextremistischen »Rote Armee Fraktion«

(RAF) sind neonazistische terroristische Gruppen jedoch auch dazu übergegangen, ihre Aktivitäten durch Banküberfälle zu finanzieren.

4.4 Gewalttätige Aktivitäten

Die gewalttätigen Aktivitäten neonazistischer Gruppen und einzelner Personen haben sich im vergangenen Jahr in einzelnen Fällen dem Niveau linksextremistischer Gewaltanschläge angenähert. Beginnend mit der Ermordung zweier schweizerischer Grenzbeamter durch das VSBD/PdA-Mitglied Frank Schubert zur Jahreswende 1980/81 war im vergangenen Jahr eine weitere Eskalation neonazistischer Gewalttaten zu verzeichnen, die zum Teil jedoch im Versuchs- oder Vorbereitungsstadium verhindert werden konnten. In soweit sei hingewiesen auf

1. den Fememord an dem Neonazi Johannes Bügner in Stemwarde/Schleswig-Holstein durch Hamburger Neonazis,
2. die Verhaftung der Libanon-Gruppe der verbotenen »Wehrsportgruppe Hoffmann«,
3. die Zerschlagung und Verhaftung der Angehörigen der zum Teil aus VSBD/PdA-Mitgliedern bestehenden Gruppe um Klaus-Ludwig Uhl in München und Belgien,
4. die Anschläge einer deutsch-französischen Gruppe »Schwarze Wölfe« im Elsaß,
5. die Entdeckung eines umfangreichen Sprengstoff- und Waffenlagers in der Lüneburger Heide,
6. den Sprengstoffanschlag auf einen linken Buchladen in Bremen.

Die Folge neonazistischer Aktivitäten sind seit 1980 22 Tote, davon sechs Neonazis, wovon zwei durch Selbstmord endeten. Hinzu kommen mehr als 200 durch neonazistische

Gewalttaten verletzte Personen. Weitere geplante Gewaltanschläge konnten aufgedeckt werden.

Ein zusätzliches Gefährdungspotential bilden straffällig gewordene deutsche Neonazis, die im westlichen Ausland Unterschlupf gefunden haben und erfahrungsgemäß Gegenleistungen in Form von gewalttätigen Aktivitäten erbringen müssen.

Neonazistische Gewalttäter haben inzwischen viele Züge der linksextremistischen Terroristen angenommen, wobei Kaltblütigkeit und Einsatz des eigenen Lebens noch die Ausnahmen sind.

4.5 Agitation

Vorbereitet und vorgezeichnet werden neonazistische Gewalttaten seit Jahren durch eine meist aus dem westlichen Ausland stammende Vielzahl von neonazistischen Propaganda- und Schmähchriften. In soweit sei auf die ständig in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleusten Ausgaben des »NS-Kampfpruf« des Gary Rex Lauck sowie die Schriften des deutsch-kanadischen Neonazis Ernst Zündel und des amerikanischen Neonazis George P. Dietz verwiesen. Besonders seit der Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« mehren sich Aufforderungen zu gewalttätigen Aktionen bis hin zum Mord.

Zu Gewalt auffordernde und Gewalt rechtfertigende Parolen enthalten auch von Anhängern des verhafteten Neonazis Manfred Roeder (»Deutsche Bürgerinitiative«) verbreitete Propagandaschriften und Flugblätter der VSBD/PdA. In solchen und anderen neonazistischen Schriften werden darüber hinaus zunehmend antisemitische und ausländer-

feindliche Parolen verbreitet, wie z. B.

»Das Judenpack hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Völker der Erde zu vermischen, um dann selber Herr über diese Bastarde zu werden.«

(Flugblatt der NSDAP-AO)

»Deutscher, wehr Dich! Siehst Du nicht, daß die Kanakenbrut Dich aus Deutschland vertreiben will!«

(Flugblatt der NSDAP-AO)

»Heute beherrschen die Juden nicht nur die Welt, sondern sie halten die Menschheit in Angst und Schrecken, stoßen sie auf einen atomaren Krieg zu. Die Juden sind nicht nur unser Unglück, sie sind als Erfinder der Atom-, Wasserstoff- und Neutronenbombe eine Gefahr für die Menschheit. Sie werden dafür büßen.«

(»NS-Kampfruf« März/April 1981)

»Leute, die bei der Eingliederung von Millionen Gastarbeitern und Asylanten in Wort und Tat beteiligt sind, haben kein Recht, sich als Humanisten zu bezeichnen. Sie sind Mörder am eigenen Volk, und sie verdienen es, als solche behandelt zu werden.«

(»NS-Kampfruf« Mai/Juni 1981)

4.6 Neonazis in Schleswig-Holstein

Mit Veranstaltungen der von ihm gegründeten »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) und dem Vertrieb von Schriften seines »Kritik-Verlages« setzte Thies Christophersen auch 1981 seine neonazistische Agitation fort; in Schleswig-Holstein hat er ca. 100 Anhänger. Insbesondere führte er neun bundesweite Zusammenkünfte für seinen Anhänger- und Leserkreis durch, an denen jeweils 50

bis 80 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung am 17. April im Elsaß mußte nach Auseinandersetzungen mit Demonstranten abgebrochen werden; sie wurde am nächsten Tag in der Nähe von Breisach fortgesetzt. Thies Christophersen selbst hält sich, nachdem die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten rechtskräftig geworden ist, seit Herbst 1981 bei Gesinnungsfreunden in den Benelux-Staaten auf, um sich der Strafverbüßung zu entziehen. Auch von dort aus unterhält er enge Verbindungen zu maßgeblichen deutschen und ausländischen Neonazis.

Weitere neonazistische Organisationen oder Gruppierungen bestehen in Schleswig-Holstein seit längerer Zeit nicht mehr. Nach wie vor sind lediglich persönliche Kontakte zu Gesinnungsgenossen, auch in andere Bundesländer oder ins Ausland, festzustellen. Wegen des durch Exekutivmaßnahmen entstandenen Verfolgungsdrucks haben sich als Integrationsfiguren in Betracht kommende Neonazis aus Schleswig-Holstein abgesetzt.

5. Nationaldemokratische Organisationen

5.1 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Der Mitgliederschwund der NPD hat im vergangenen Jahr, wenn auch verlangsamt, angehalten. Zum Jahresende hatte die NPD auf Bundesebene nur noch 6600 Mitglieder, also 600 weniger als im Vorjahr.

Ungeachtet dieses Mitgliederrückgangs und des selbst als niederschmetternd empfundenen Bundestagswahlergebnisses 1980 (0,2 % der

Wählerstimmen) machte sich 1981 insbesondere in den Führungskreisen der NPD ein leichter Optimismus bemerkbar. Grund hierfür waren nicht nur die Ergebnisse der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung des SINUS-Instituts über »Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland«, nach der ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung rechtsextremistischem Gedankengut zugänglich sein soll, sondern insbesondere der selbst für die NPD überraschende Erfolg der Behandlung der »Ausländerfrage« durch die von ihr initiierte »Bürgerinitiative Ausländerstopp«. Vor allem verbucht die NPD die in Bund und Ländern geführte Diskussion über die künftige Ausländerpolitik und die inzwischen hierzu beschlossenen ausländerrechtlichen Maßnahmen als Erfolg ihrer ständig wiederholten Forderungen. Um zu erreichen, daß »gelehrige Schüler der NPD« weitere »Hauptaussagen der NPD zur Ausländerpolitik« übernehmen, bemüht sie sich, insoweit moderat zu agieren. Bedauerlich findet sie es, daß es in der »Ausländerfrage« zu einem Konkurrenzkampf mit dem »national-freiheitlichen Lager« gekommen ist.

Die NPD-Führung geht davon aus, daß das erfolgreiche Aufgreifen der Ausländerproblematik sich nicht kurzfristig in zusätzlichen Wählerstimmen niederschlagen wird, wenngleich sie hofft, in der konsequenten »bürgernahen« Behandlung der Ausländerfragen den Boden für künftige Erfolge bereiten zu können. Dieser Taktik entspricht es, wenn der NPD-Parteivorstand nach wie vor zu dem Beschluß steht, an Wahlen nur dann teilzunehmen, wenn dies erfolgversprechend ist oder »Flagge gezeigt

werden muß«, er will sich vielmehr mit ganzer Kraft auf den Bundestagswahlkampf 1984 konzentrieren, ohne bis dahin die Mitglieder durch Wahl-niederlagen entmutigen zu lassen. Zur Verwirklichung dieser Absicht ist derzeit unter der Bezeichnung »Aktion 84« eine Kommission der Partei tätig, die zur Bundestagswahl 1984 und für die folgenden Jahre ein umfassendes, politisch aktuelles Programm erarbeiten soll, das 1982 auf einem Sonderparteitag als »Alternative 84« vorgestellt werden soll. Durch dieses Programm will die NPD auch deutlich machen, daß »unverbesserliche Anhänger des Tausendjährigen Reiches« bei ihr keinen Platz hätten.

Der Landesverband Schleswig-Holstein der NPD gliedert sich weiterhin in 12 Kreisverbände, von denen nur der Kreisverband Steinburg – aber auch dieser nur mit Einschränkungen – als arbeitsfähig bezeichnet werden kann. Die Zahl der Mitglieder, die überwiegend der älteren Generation angehören, ist von 370 auf 350 zurückgegangen. Die Aktivitäten erschöpften sich im Landesparteitag am 24. Mai in Brunsbüttel und in einem kameradschaftlichen Landestreffen aus Anlaß des Erntedankfestes am 3. Oktober in Bredstedt.

Die finanzielle Lage des Landesverbandes ist nach wie vor angespannt; er muß noch mehr als 72 000 DM an 1971 zuviel erhaltener Wahlkampfkostenerstattung in Raten von 500 DM monatlich zurückzahlen.

5.2 »Bürgerinitiative Ausländerstopp«

Wegbereiter für die Wiedererstarbung der NPD soll nach deren Vorstellungen die im Frühjahr 1980 in

Nordrhein-Westfalen gegründete »Bürgerinitiative Ausländerstopp« sein, der inzwischen alle NPD-Landesverbände beigetreten sind und die deshalb als Nebenorganisation der NPD gelten kann.

Die Initiative, deren Forderungen inzwischen aufgrund tatkräftiger Werbung der NPD und ihrer Mitglieder von mehr als 50 000 Bürgern unterschrieben worden sind, wirbt u. a. mit folgenden Parolen:

»Schon jetzt bilden sich Ausländerlums.«

»Schon jetzt beherrschen Ausländer den Rauschgifthandel.«

»Schon jetzt liegen uns Hunderttausende von Ausländern auf der Tasche (Asylanten).«

»Bald werden jährlich Milliarden Kosten entstehen.«

»Bald sind wir Gastarbeiter der Fremden.«

Solche und ähnliche Aussagen finden sich auch in der seit August 1981 von der Bürgerinitiative herausgegebenen Zweimonatszeitschrift »Deutsche Zukunft«.

Ein erstes von der Bürgerinitiative in Nordrhein-Westfalen beantragtes Volksbegehren mit dem Ziel der Förderung der Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in deren Heimatländer wurde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Nunmehr erstrebt die Bürgerinitiative erneut ein Volksbegehren mit dem Ziel, getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder einzuführen.

In Schleswig-Holstein haben Mitglieder der NPD wiederholt Unterschriften zur Unterstützung der Bürgerinitiative gesammelt.

5.3 »Junge Nationaldemokraten« (JN)

Auch die Mitgliederzahl der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), der Jugendorganisation der NPD, ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen, und zwar von etwa 1000 im Jahre 1980 auf rd. 750.

Viele ihrer Mitglieder, insbesondere ihre Funktionäre, sehen sich als künftige Elite des »nationaldemokratischen Lagers«. Ein beachtlicher Teil muß wegen seines aggressiven Auftretens als Potential des Neonazismus betrachtet werden.

Seit einiger Zeit versuchen die JN, ihr Gedankengut über Schülerzeitungen an Schulen zu verbreiten und Schülergruppen zu gründen; zur Koordination dieser Arbeit führten die JN im Februar in Kamen ein »Schülerzeitungsseminar« durch. Zur Unterstützung dieser Arbeit vor Ort gibt der Bundesvorstand den »SZ-Info-Dienst« heraus, der den Herausgebern von Schülerzeitungen Hilfestellung geben soll.

In Schleswig-Holstein besteht seit Frühjahr 1979 kein Landesverband mehr. Der im März 1981 neugegründete Kreisverband Segeberg soll jedoch die Neugründung eines Landesverbandes in die Wege leiten. Zur Zeit sind zehn JN-Mitglieder und, wie diese angeben, zehn weitere Interessenten zu verzeichnen. Entsprechend den Intentionen des Bundesverbandes beschränkten sie sich auf die gelegentliche Herausgabe und Verbreitung von Schülerzeitungen (»Zündpunkt« an der Westküste, »Zeitbombe« in Kiel).

6. »National-Freiheitliche Rechte«

Die stärkste Gruppierung im organisierten Rechtsextremismus sind die im »Freiheitlichen Rat« zusammenge- schlossenen »National-Freiheitlichen Verbände«. Sie wird von dem Herausgeber der »Deutschen National-Zeitung«, Dr. Gerhard Frey, München, der bereits 1971 als »Kernorganisation« die »Deutsche Volksunion« (DVU) gründete, beherrscht. Seit dem ins Leben gerufene Aktionsgemein- schaften der DVU sind

- die im Jahre 1962 gegründete »Ak- tion Oder-Neiße« (AKON), (seit 1979 die »Aktion Deutsche Einheit- AKON e. V.«),
- die 1979 gegründete »Volksbewe- gung für Generalamnestie« (VOGA),
- die 1980 ins Leben gerufene »In- itiative für Ausländerbegrenzung« (IfA) und
- die Ende 1981 gegründete »Aktion deutsches Radio und Fernsehen« (ARF).

Die Gesamtmitgliederzahl wird von Dr. Frey mit 12 000 angegeben; die Sicherheitsbehörden schätzen sie niedriger.

Sprachrohr der DVU und ihrer Ak- tionsgemeinschaft ist der »Deutscher Anzeiger«, der in einer wöchentli- chen Auflage von 20 000 Exemplaren erscheint.

In Schleswig-Holstein entwickelten die Verbände der »National-Freiheitli- chen Rechten« keine nennenswerten Aktivitäten.

7. Sonstiger Rechtsextremismus

7.1 »Bund Heimattreuer Jugend« (BHG)/»Rathausbuchhandlung«

Der Versuch des bundesweit 300 Mitglieder zählenden BHJ, sich durch Änderung seiner Satzung vom Vor- wurf des Rechtsextremismus zu be- freien, führte zu tiefgreifenden Aus- einandersetzungen über seine Ziel- setzung, Organisation und Arbeit. Der erst im September 1980 für drei Jahre gewählte 1. Bundesführer trat im September 1981 zurück, nachdem ihm u. a. von dem ehemaligen BHJ- Bundesführer Gernot Mörig vorge- worfen worden war, die »nationalisti- sche politische Erziehung« innerhalb des BHJ zu vernachlässigen; zur Zeit wird der Verband kommissarisch von anderen Mitgliedern der Bundesfüh- rung geleitet.

In Schleswig-Holstein existieren zwei kleine Gruppen des BHJ in Kiel und im Kreis Herzogtum Lauenburg. Diese wie auch der Bundesverband arbeiten eng mit der von Dietmar Mu- nier und dem früheren BHJ-Bundes- führer Gernot Mörig gegründeten »Rathausbuchhandlung Kiel GmbH« zusammen, der neben dem »Arndt- Verlag« auch die »Abteilung Beschaf- fung des BHJ« angeschlossen ist; zur Abdeckung firmiert die »Abteilung Beschaffung des BHJ« unter anderer Adresse. Versuche, unter Schülern in verschiedenen Teilen des Landes neue Gruppen zu gründen, blieben bislang ohne Erfolg.

Der der »Rathaus-Buchhandlung« angeschlossene »Arndt-Verlag« ver- legte u. a. die von dem bekannten NPD-Funktionär Günter Deckert her- ausgegebene Schrift »Ausländer- Stop – Handbuch gegen Überfrem- dung«.

7.2 »Nordischer Ring e. V.« (NR)

Der Verband, der in seinem vierteljährlich erscheinenden Publikationsorgan »Nordische Zukunft« rassistisches Gedankengut verbreitet, hat zwar in Bredstedt seinen Vereinssitz, entwickelt jedoch in Schleswig-Holstein bis auf den Vertrieb seines Publikationsorgans keine Aktivitäten. Die Jahrestagung im September fand in Detmold-Heiligenkirchen statt.

7.3 »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V.« (GfbAEV)

Die Gesellschaft mit Sitz in Ellerau (Kreis Segeberg), die von einem Hamburger Rechtsanwalt geleitet wird, lehnt aus »biologischen Gründen« wegen der »Gefahr der Rassenmischung« die Ausländerintegration ab und fordert Maßnahmen zur Heimführung der Ausländer; ihr Publikationsorgan ist die »Neue Anthropologie«. Ihrem wissenschaftlichen Beirat gehört neben einem NPD-Funktionär auch Alain de Bonoist, ein führender Aktivist der rechtsextremistischen Szene in Frankreich, an.

7.4 »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.«

Der Verein, der bislang ein Schattendasein führte, rückte 1981 dadurch ins öffentliche Bewußtsein, daß einer seiner Funktionäre, nämlich Wolfgang Seeger, Stuttgart, eine von ihm herausgegebene Schrift »Ausländerintegration ist Völkermord« an Schulen und Politiker sandte. In dieser Schrift behauptet Seeger, Völkermord werde nicht mehr durch kriegerische Einwirkungen, sondern durch die biologische

Zersetzung unseres Volkes durch Rassenmischung betrieben; Faschisten seien diejenigen, die eine solche »Einschmelzungspolitik« betrieben, nicht dagegen die, die eine Überfremdung ablehnten.

Links-
extremistische
Bestrebungen in
Schleswig-Holstein
1981

B

B. Linksextremistische Bestrebungen

1. Die Situation des Linksextremismus

Die linksextremistischen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland haben in der »Friedensarbeit« seit langer Zeit wieder ein sie verbindendes, ihre Aktivitäten beflügelndes Thema gefunden; selbst die »Rote Armee Fraktion« (RAF) versucht, wie sich aus ihrem Bekenner-schreiben zum Terroranschlag in Ramstein am 31. August ergibt, die Friedensdiskussion durch ihrer Konzeption entsprechende Anschläge für sich auszunutzen. Im Interesse des gemeinsamen Zieles, den Nato-Nach-rüstungsbeschluß zu Fall zu bringen, zeigt sich bei extremistischen Grup-pierungen aller Schattierungen zu-nehmend Bündnisbereitschaft und Entwicklung zur Bündnisfähigkeit. Weitgehend verbindendes Element ist daneben die Neigung, zur Errei-chung der eigenen oder gemeinsa-men Ziele Gewalt einzusetzen; selbst die »Deutsche Kommunistische Par-tei« (DKP) gibt ihre Rolle, »ordnende Kraft« innerhalb des Linksextremis-mus zu sein, zunehmend auf. Dem »Friedenthema« zugehörig betrach-ten Linksextremisten auch den Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie und gegen den Bau der Startbahn West in Frankfurt, den sie als Kriegsvorbereitung des »US-Imperialismus« werten.

Mit besonderem Nachdruck und Engagement hat sich die DKP ein-schließlich ihrer Nebenorganisatio-nen und der von ihr beeinflussten Or-ganisationen sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein dem

»Friedenskampf« verschrieben. Hier-zu suchte sie nicht nur das Bündnis mit »anderen demokratischen Kräf-ten«, sondern auch die Verbindung zu den von ihr bisher als »Chaoten« qualifizierten Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken«. Dar-über hinaus hofft sie nach wie vor, den allgemeinen Wunsch nach Frie-den für ihren einseitig auf die Interes-sen der Sowjetunion zugeschnittenen »Friedenskampf« ausnutzen zu können; sie meint, hierbei nachteilige Auswirkungen des sowjetischen Ein-marsches in Afghanistan und der Ver-hängung des Kriegsrechts in Polen überspielen zu können.

Der Zerfall der dogmatischen »Neuen Linken« setzte sich fort. Die Kader dieser selbsternannten »Avant-garde der Arbeiterklasse« mußten einsehen, daß die von ihnen propa-gierten Thesen des Marxismus-Leni-nismus – insbesondere in seiner maoistischen Ausprägung – nicht ge-eignet waren, das »Feuer der Revolu-tion in den Herzen der Massen zu entfachen«. Die Mitglieder empfan-den die sich aus der revolutionären Disziplin ergebenden Zwänge auf Dauer als unerträglich, zumal für viele die »Emanzipation des Menschen« einmal Motiv ihres Engagements war. Sie erkannten, daß die Scheinwelt ih-rer Kader nicht weniger lebensfeind-lich ist als das »Karriere-, Konsum- und Konkurrenzklima im Kapitalis-mus«. Das Wiederentdecken des Ichs, der Politik der ersten Person, wurde zum wesentlichen Grund für den Zerfall der K-Gruppen.

Anhängerzahl und Aktivitäten der undogmatischen »Neuen Linken« ha-ben dagegen zugenommen. Hierbei spielt sicherlich eine Rolle, daß »aus-gestiegene K-Grüppler« sich nicht in den »politischen Ruhestand« bege-

ben haben, sondern als »Individualisten« nunmehr im breiten Spektrum dieser extremistischen Richtung ihre politische Heimat und Wirkungsstätte zu finden hoffen. Darüber hinaus hat deren Pragmatismus und die daraus resultierende Fähigkeit, jederzeit auf »vom Staat oder von der Gesellschaft produzierte Mißstände« spontan und eingängig zu reagieren, Anziehungskraft auf Teile der kritischen Jugend ausgeübt.

Zwei Terroranschläge der RAF, unterstützende Aktionen des legalen RAF-Bereichs und zahlreiche Anschläge »Revolutionärer Zellen« zeigten, daß die Aktionsfähigkeit dieses menschenverachtenden Teils des Linksextremismus nach wie vor ungebrochen ist.

2. Übersicht in Zahlen

2.1 Organisationen und Anhänger

Im Lager des orthodoxen Kommunismus gab es zum Jahresende 1981 neben den Kernorganisationen »Deutsche Kommunistische Partei« und »Sozialistische Einheitspartei Westberlin« (SEW) 14 Nebenorganisationen. Die Kernorganisationen hatten rund 44 500 (1980: 45 000) Mitglieder, wovon rund 40 000 auf die DKP und rund 4500 auf die SEW entfielen. Die Nebenorganisationen zählten insgesamt 29 000 Mitglieder, wovon 24 500 der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) und den »Jungen Pionieren« (JP) angehörten. Die 48 von der DKP beeinflussten Organisationen zählten rund 61 000 Mitglieder.

Mehrfachmitgliedschaften sind hierbei noch nicht in Abzug gebracht.

In Schleswig-Holstein hatten die

orthodox-kommunistischen Kern- und Nebenorganisationen sowie die von der DKP beeinflussten Organisationen am Jahresende rund 2000 Mitglieder, wobei Mehrfachmitgliedschaften bereits abgezogen sind.

Im Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« gab es im Bundesgebiet Ende 1981 17 Kernorganisationen und 12 Nebenorganisationen mit rund 5600 Mitgliedern. In Schleswig-Holstein waren 1981 5 dogmatische Kernorganisationen mit rund 280 Mitgliedern zu verzeichnen.

Zur undogmatischen »Neuen Linken« zählten auf Bundesebene rund 3200 Personen, womit lediglich die Mitglieder überregionaler Gruppierungen erfaßt sind. In Schleswig-Holstein lag die Anhängerzahl bei 300.

2.2 Linksextremistisch motivierte Straftaten

In mehr als 150 Fällen wurden in Schleswig-Holstein wegen linksextremistisch motivierter Straftaten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie hatten zum Gegenstand

- 42 Straftaten während der Demonstration in Brokdorf am 28. Februar,
- 48 Anschläge, die sich überwiegend gegen Einrichtungen der Justiz und der Polizei aber auch gegen Firmen, die am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf beteiligt sind, richteten,
- 56 Sachbeschädigungen (zumeist Schmiereien anarchistischer Parolen).

	Organi- sationen	1979		1980		1981	
		Bund	Land	Bund	Land	Bund	Land
1. Orthodoxe Kommunisten							
1.1 Kernorganisationen	DKP	42 000	1 000	40 000	900	40 000	900
	SEW	<u>5 000</u>		<u>5 000</u>		<u>4 500</u>	
		47 000		45 000		44 500	
1.2 Nebenorganisationen		29 500	950	29 000	1 050	29 000	1 000
davon	MSB	6 000	80	6 100	80	6 000	80
	SDAJ	15 000	570	15 000	600	15 000	600
	Jg. Pioniere	2 500	150	3 000	300	3 500	300
1.3 beeinflusste Organisationen		51 900	600	55 000	400	61 000	350
davon	VVN-BdA	11 700	250	12 000	150	12 000	130
	DFU	2 000	200	2 000	130	2 000	130
	DFG-VK (s. Anmerkg.)	14 500	50*	14 500	50*	15 000	50*
Gesamtzahl nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		96 300	2 060	96 700	1 980	100 800	1 900
2. Neue Linke							
2.1 Dogmatische Neue Linke							
2.1.1 Kernorganisationen		5 300	440	5 200	360	4 900	280
davon	KBW	2 400	130	1 500	30	1 000	30
	BWK	—	—	600	50	600	70
	KPD	500	200	500	200	500	100
	KB	700	80*	700	60*	600	50*
	Zentrums- fraktion	200	20*	200	20*	220	30*
2.1.2 Nebenorganisationen		3 900	60	1 600	200**	700	200**
2.1.3 beeinflusste Organisationen		1 100	30	3 100**	50	4 500**	50
Gesamtzahl nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		7 700	445	7 400	400	7 500	350
2.2 Undogmatische Neue Linke		2 800	100*	2 400	150*	3 200***	300*

* Geschätzte Mitgliederzahl

** Jeweils einschließlich Mitglieder der »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden« (VOLKSFRONT)

*** Überwiegend Gruppierungen mit überregionaler Bedeutung

Anmerkung zu 1.3:

Die DFG-VK ist die mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflussten Organisationen mit dem geringsten Anteil an Kommunisten.

3. Orthodoxe Kommunisten

3.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

3.1.1 Die Einbindung der DKP in die Politik der Sowjetunion

»Kommunist, Marxist, Leninist an den Ufern des Rheins zu sein, das heißt ein Mensch zu sein, der nicht nur fest von der Wahrheit seiner Ideen überzeugt ist, sondern auch persönlich großen Mut besitzt.« Mit diesen Worten beschrieb der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, bei seinem letzten Besuch in Bonn die schwierige Situation von Kommunisten, die in demokratisch regierten Ländern des hochindustrialisierten Westens ihren Beitrag für die Expansion des Weltkommunismus leisten sollen. Der Besuch des Generalsekretärs und das Treffen des Bundeskanzlers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker waren nach Meinung der DKP die herausragenden Ereignisse des Jahres 1981. Beide Begegnungen, so betonte der DKP-Parteivorsitzende Mies, seien wichtige Beiträge für die Friedenssicherung gewesen, die aus der Sicht der sozialistischen Staaten an Bedeutung durch nichts übertroffen würden; an dieser Aufgabe mitzuwirken halte die DKP deshalb für ihre »internationalistische Pflicht«. Diese Einschätzung zeugt von der festen Einbindung der DKP in die Politik der Sowjetunion.

Zu dieser Einbindung gehört auch, daß die DKP, wie ihre Funktionäre immer wieder betonen, sich die These von der »begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten« (Breschnew-Doktrin) zu eigen gemacht hat. Ungeachtet des Risikos, beim »Frie-

denskampf« gewonnenes Terrain wieder zu verlieren, übernahm sie zu den Ereignissen in Polen die offizielle Sprachregelung der KPdSU und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei; insbesondere forderte sie die Abwehr der in Polen drohenden »Konterrevolution«. So erklärte das DKP-Präsidium nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen:

»Angesichts der Bemühungen der Führung Polens, der Bedrohung des Landes ein Ende zu setzen, erklärt die DKP: Wir unterstützen alles, was der Konsolidierung des Sozialismus in Polen und damit der Entspannung und Sicherheit in Europa dient. Wir wenden uns gegen alles, was die Situation und den bisher gefährlichen Zustand in Polen verschärfen soll.«

3.1.2 Der »Friedenskampf« der DKP

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der DKP standen Bemühungen, die letztlich vom orthodoxen Kommunismus initiierte Friedensbewegung im Griff zu behalten und eine thematische Erweiterung der Forderungen des »Krefelder Appells« auf eine gleichgewichtige Abrüstung in West und Ost zu verhindern. Demgemäß stand auch der Parteitag der DKP im Mai fast ausschließlich im Zeichen des »Friedenskampfes«. Der Parteivorsitzende Mies bezeichnete dabei die Friedensbewegung als eine »Bewegung neuer Dimensionen und vielfältiger Kräfte mit unübersehbarer Ausstrahlungskraft«. Nach seiner Auffassung »kulminiert im Kampf gegen die atomare Hochrüstung letztlich die soziale Frage und die Frage der Demokratie«.

Der »Friedenskampf« der DKP und ihrer Nebenorganisationen (z. B.

SDAJ und JP) ist eingebunden in die Arbeit der internationalen kommunistischen Frontorganisation »Weltfriedensrat«, in dessen »Aktionsprogramm 1981« die dringende Notwendigkeit »qualitativ neuer Massenaktionen« festgestellt wurde. Seit seiner Gründung im Jahre 1950 war der »Weltfriedensrat« die größte und wichtigste der von der KPdSU gelenkten internationalen Frontorganisationen. Seine Aufgabe blieb bis heute unverändert, »alle am Frieden interessierten Kräfte« für die Außenpolitik der Sowjetunion zu mobilisieren und zu nutzen. Dabei wirkt er eng mit anderen internationalen Frontorganisationen zusammen, die ihm als Kollektivmitglieder angehören, so zum Beispiel mit dem »Weltgewerkschaftsbund«, dem »Weltbund der demokratischen Jugend« und der »Internationalen demokratischen Frauenföderation«. Dem »Weltfriedensrat« gehören inzwischen in mehr als 130 Staaten mehr als 1300 Mitglieder als Einzelpersonen oder Organisationen an. Sein Präsidium setzt sich überwiegend aus Funktionären kommunistischer Parteien, sowjetisch orientierter »Befreiungsbewegungen« sowie nationaler und internationaler kommunistischer Frontorganisationen zusammen.

In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Koordinierung der kommunistischen »Abrüstungskampagnen« durch das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen gegründete »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ). Zwar sind die meisten Mitglieder Nichtkommunisten, von denen einzelne – scheinbar in Führungsfunktionen – die Organisation nach außen repräsentieren. Je-

doch gehören acht der neun Mitglieder des »Büro des KFAZ«, dem die eigentliche Arbeit, insbesondere die organisatorischen Vorbereitungen der Aktivitäten des Komitees obliegt, persönlich oder über ihre Organisationen (»Deutsche Friedens-Union«, »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten«) dem sowjetisch gelenkten »Weltfriedensrat« an.

Auch wenn weite Teile der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland nicht einseitig kommunistisch orientierte Ziele verfolgen, nimmt die DKP mit Genugtuung für sich in Anspruch, »den Stein ins Rollen gebracht zu haben« und maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration am 10. Oktober in Bonn beteiligt gewesen zu sein. In der Tat hatte das KFAZ bereits im Dezember 1980 eine Großdemonstration für den Herbst 1981 vorgesehen, nachdem im September 1980 das Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, Ponomarjow, auf dem vom »Weltfriedensrat« veranstalteten »Weltparlament der Völker für den Frieden« in Sofia gefordert hatte, den »Friedenskampf auf ein neues Niveau zu heben«. Das KFAZ war maßgeblich an der Realisierung der Großdemonstration in Bonn beteiligt.

Die DKP baut darauf, weite Teile der Anti-Kernkraftbewegung und des Widerstandes gegen den Bau der Startbahn West, den sie als Kriegsvorbereitung des »US-Imperialismus« darstellt, unter dem gemeinsamen Motto »Der Atomtod bedroht uns alle« zusammenfassen und treibende Kraft einer so umfassenden Friedensbewegung werden zu können. Bereits kurz nach der Großdemonstration vom 10. Oktober forder-

te sie eine Wiederbelebung der früheren »Ostermarschbewegung«, im Rahmen derer – zusammen mit Gruppen der »Neuen Linken« und nichtextremistischen Organisationen – durch »direkte Aktionen vor Ort« insbesondere gegen die Lagerung von Atomwaffen agitiert werden soll; die Vorbereitungen sind angelaufen.

3.1.3 Die DKP zwischen Aussage und Absicht

Die DKP hält unverändert an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Sie versteht sich als »die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse« und als legitimer Erbe der 1918 gegründeten KPD, für die der Marxismus-Leninismus Anleitung zum Handeln ist. Obwohl sie immer wieder vorgibt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen, ist für sie »unverrückbares« Ziel die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. So erklärte der Vorsitzende der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein der DKP, Ewald Stiefvater, auf der Bezirksdelegiertenkonferenz im April:

»Wir wissen, daß das Grundgesetz kein Mauerwerk für das Kapital ist. Durch unsere tatkräftige politische Arbeit wird der Sozialismus auch eines Tages an die Tür unseres Landes klopfen. Das Endziel unserer Partei, den Sozialismus, werden wir nie aus dem Auge verlieren.«

Der Weg zu diesem Ziel, dem – wie die DKP immer wieder betont – »realen Sozialismus der DDR«, führt nach Auffassung der Partei nicht nur über parlamentarische Arbeit, sondern vor allem über außerparlamentarische Bewegungen. Zwar solle man, so die Parteizeitung »Unsere Zeit«, die

Chance, Interessen der Betroffenen auch in Parlamenten zu vertreten, nutzen, jedoch seien außerparlamentarische Massenbewegungen für den demokratischen Fortschritt das Wichtigste. Dieser Einschätzung entspricht eine Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der DKP, daß dem Wirken seiner Partei eine größere Bedeutung zukomme, als sich an der Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Wähler ablesen lasse.

Trotz ihrer historischen Bekenntnisse zur revolutionären Gewalt hatte die DKP bislang vermieden, zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt in irgendeiner Form anzuwenden, nicht zuletzt deshalb, um sich von den »Chaoten« – den so von ihr bezeichneten Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken« – wohltuend abzuheben.

Seit dem Zerfall und der damit einhergehenden Handlungsunfähigkeit der dogmatischen »Neuen Linken« und der von Teilen der neuen »Protestbewegung« propagierten »Verweigerung« und des »alltäglichen Widerstandes« sieht die DKP keine Notwendigkeit mehr, auf eine begrenzte Gewaltanwendung, die sie selbst als »gewaltfreien Widerstand« verharmlost, zu verzichten. So hat ein Präsidiumsmitglied im Mai die Beteiligung seiner Partei an einer Reihe von Hausbesetzungen als »Neue Kampfform« bezeichnet, die ein »angemessenes Mittel zur Verteidigung von Grundrechten« seien. In ähnlicher Weise begründete ein Bezirksvorsitzandsmitglied der DKP die Beteiligung von Genossen an gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West:

»Ich bin Kommunist, ich bin kein Pazifist. Wenn die Bolschewiki Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen ge-

schrieben hätten, dann hätte die Oktoberrevolution nicht gesiegt . . . Das Entscheidende, und das betrifft auch die Frage der Kampfformen, muß einfach die Frage sein, hilft es der Bewegung weiter oder schadet es der Bewegung.«

3.1.4 Aktivitäten der DKP in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein hat die DKP, wie im Vorjahr, in elf Kreisorganisationen rd. 900 Mitglieder. Im Mittelpunkt der Arbeit der Partei, ihrer Nebenorganisationen und der von ihr beeinflussten Organisationen stand auch hier der »Friedenskampf«. Hierzu spannte die Partei auch die Kinderorganisation »Junge Pioniere« ein, indem sie deren Funktionäre anwies, die Kinder für Demonstrationen zum Thema »Frieden« zu motivieren.

Bereits auf der Delegiertenkonferenz im April hatte der DKP-Bezirksvorsitzende Stiefvater in Schleswig-Holstein ein besonders günstiges Klima für den »Friedenskampf« festgestellt. Dadurch ermutigt, organisierten die DKP und die von ihr beeinflusste »Deutsche Friedens-Union« (DFU) zwei »Friedensforen« in Kiel, die ein breites Echo nicht nur in orthodox-kommunistischen Kreisen fanden.

Schwerpunkt des »Friedenskampfes« der DKP war jedoch die Mitarbeit ihrer Mitglieder in örtlichen und regionalen »Friedensinitiativen«, deren Zahl die DKP selbst mit rd. 40 angibt. Entsprechend einer ausdrücklichen Anweisung des Bezirksvorsitzenden wirkten Mitglieder der Partei und der SDAJ vor allem in den in Lübeck, Neumünster, Kiel, Schleswig, Flensburg, Pinneberg und Barmstedt bestehenden »Friedensinitiativen« – un-

geachtet deren vielfach sehr unterschiedlicher Anhängerstruktur – mit. Die Bedeutung dieser Mitarbeit, aber auch die Genugtuung über die auch insoweit erkennbar gewordene gewachsene Bündnisfähigkeit der DKP beschrieb der Bezirksvorsitzende anlässlich des »Friedensforum« am 23. Mai in Kiel wie folgt:

»Hier kamen Menschen zusammen, die noch vor einem Jahr nicht den Weg zueinander gefunden hätten . . . Da waren SPD-Landtagsabgeordnete und die Repräsentanten unserer DKP, da waren evangelische Pastoren und Grüne, da waren verschiedene Frauenverbände und Jugendorganisationen, darunter SDAJ, Jusos und Jungdemokraten. Und sie alle stimmten einer Erklärung zu, daß die Bundesregierung gezwungen werden muß, den Nato-Beschluß rückgängig zu machen . . .«

Weitere Agitations- und Aktions-schwerpunkte der DKP waren die Jugendarbeitslosigkeit und die »Wohnungsnot«, für deren Bearbeitung entsprechend dem Interessentenkreis vor allem die SDAJ eingespannt wurde. Die Solidarisierung mit Hausbesetzern war hierfür kennzeichnend. Hausbesetzungen sind nach Auffassung der DKP »berechtigte Selbsthilfe« und »Notwehr«, wobei der Gebrauch des »verfassungsmäßigen Widerstandsrechts« bei polizeilicher Räumung nicht als gewalttätiges Verhalten kriminalisiert werden dürfe. »Die Hausbesetzer von heute, das sind revolutionäre Kämpfer für die neue Gesellschaftsordnung von morgen«, meinte der Bezirksvorsitzende auf der letzten Bezirksdelegiertenkonferenz.

Im Bereich der Betriebsarbeit, die von der DKP als der »alles entschei-

dende Hebel zur Entwicklung des Einflusses unserer Partei in der Arbeiterklasse« angesehen wird, hat die Partei das Ziel, »Tausende neue Betriebsarbeiter für die Partei zu gewinnen«, nicht erreicht. Sie konnte nur einige wenige neue Mitglieder für die Betriebsarbeit interessieren; die Ausstrahlungskraft der Betriebsarbeit der DKP blieb nach wie vor gering.

Ähnlich erfolglos blieben auch die Bemühungen der DKP, Einfluß in der Anti-Kernkraftbewegung zu gewinnen, obwohl zahlreiche Mitglieder der Partei und ihrer Nebenorganisationen sich an der Großdemonstration am 28. Februar in Brokdorf beteiligten. Insoweit wurde die DKP ein Opfer ihrer widersprüchlichen Haltung, indem sie die Anwendung der Kernenergie in den Ostblockländern uneingeschränkt befürwortet, im Westen dagegen mit der Begründung ablehnt, hier fehle die »demokratische Kontrolle durch die Arbeiterklasse«.

Für die Kommunalwahlen am 7. März 1982 nahm die DKP ihre Vorbereitungen frühzeitig auf, wobei die Wahl in Barmstedt von Anfang an im Mittelpunkt stand. Dort hatte die DKP 1978 einen Stimmenanteil von 11,78 v. H. und zwei Sitze in der Stadtvertretung erhalten. Als Ziel der nächsten Kommunalwahl sieht die DKP neben der Verbesserung des Stimmenanteils im gesamten Land eine Erhöhung der Stimmenzahl in Barmstedt sowie einen Stimmenanteil von 3 v. H. in Wedel an.

3.2 Nebenorganisationen der DKP

Um Jugendliche und Kinder frühzeitig politisch ausrichten zu können und jugendspezifische Themen glaubhaft vertreten zu lassen, hat die

DKP – wie ihre Bruderparteien in aller Welt – schon immer Wert auf entsprechende Jugendorganisationen gelegt, wie die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« und die »Jungen Pioniere«. Aus »Jungen Pionieren« von heute sollen, so meint die DKP, die SDAJler von morgen und diese die Kommunisten von übermorgen werden.

3.2.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die SDAJ, die sich selbst als »Revolutionärer Arbeiterjugendverband der BRD, der nach wie vor mit aller Konsequenz für eine sozialistische Bundesrepublik Deutschland kämpft«, bezeichnet, hat in der Bundesrepublik Deutschland etwa 15 000, in Schleswig-Holstein rd. 600 Mitglieder. Ihr Sprachrohr und wichtigstes Agitationsmittel ist das Jugendmagazin »Elan«, das monatlich in einer Auflage von 40 000 Exemplaren erscheint.

Das jugendpolitische Engagement der SDAJ zeigte sich besonders bei der Behandlung des aktuellen Themas der Jugendarbeitslosigkeit, das – nach den Vorgaben der DKP – unter Einsatz vielfältiger propagandistischer Materialien auf öffentlichen Veranstaltungen, in Jugendzentren und in Betrieben als Folge des kapitalistischen Systems und der »Hochrüstungspolitik« dargestellt wurde. Wesentlicher Teil der Agitation war auch das persönliche Gespräch mit Schülern, Auszubildenden und jungen Arbeitern. In Lübeck prangerte die SDAJ in einer Dokumentation über das Berufsschulzentrum die angeblich »unzureichende Berufsausbildung« an; ähnliche Aktionen gab es an anderen Schulen.

In den Betrieben des Landes konnte die SDAJ ihre Positionen in Jugendvertretungen halten.

Von den 34 in der »Jungen Presse Schleswig-Holstein« zusammengeschlossenen jugendpolitischen Zeitungen werden 14 von der SDAJ herausgegeben, womit die Bedeutung, die die SDAJ der regelmäßigen Agitation unter Jugendlichen beimißt, ersichtlich wird.

Entsprechend der Einschätzung der DKP, nach der für das »Friedens-thema« vor allem Jugendliche ansprechbar seien, hat sich die SDAJ daneben der aktiven Mitarbeit in zahlreichen örtlichen »Friedensinitiativen« und dort der Agitation für den »Krefelder Appell« und gegen die »Hochrüstungspolitik der Nato« gewidmet. Hierbei propagiert sie unverhüllt als die DKP »direkte Aktionen« gegen Atomwaffenlager:

»Bis 1983 muß der Nato-Raketenbeschluß endgültig zum Kippen gebracht werden. Neben den großen bundesweiten Aktionen wird auch in Schleswig-Holstein der Bär losgemacht werden...«

3.2.2 »Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Den in Schleswig-Holstein bestehenden rd. 20 Gruppen der »Jungen Pioniere« gehören etwa 300 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren an. Durch Kinderfeste, Solidaritätsaktionen, Wettbewerbsveranstaltungen und vor allem die »Kinderferienaktion« in der DDR wurde versucht, neue Mitglieder zu gewinnen, wobei auch Eltern für die DKP interessiert werden sollten.

Der »Friedenskampf« der DKP reichte bis in die »Jungen Pioniere« hinein; »keiner ist zu klein, um für

den Frieden einzutreten«, hieß es in der DKP-Zeitung »Unsere Zeit« und anderen Verlautbarungen.

3.3 Von der DKP beeinflusste Organisationen

Die DKP bedient sich zur Durchsetzung ihrer Ziele nach wie vor einer Reihe von Organisationen, die teilweise von Kommunisten auf Veranlassung ihrer Partei gegründet wurden, teilweise jedoch auch ohne kommunistischen Einfluß entstanden, später aber von Kommunisten unterwandert worden sind. Dabei ist die Intensität des kommunistischen Einflusses bei den einzelnen Organisationen unterschiedlich.

Die aktivste derartige Organisation ist in Schleswig-Holstein die »Deutsche Friedens-Union«, die hier rd. 130 Anhänger hat (Bundesgebiet: 2000); sie gehört korporativ dem sowjetisch gelenkten »Weltfriedensrat« an. Auch 1981 widmete sie sich in besonderem Maße der »Friedensarbeit«, um über diese auch Bürger zu erreichen, die dem Kommunismus und seinen Thesen ablehnend gegenüberstehen und daher von der DKP ausgehende Aktivitäten nicht unterstützen würden. Dementsprechend hat sich auch der Landesverband Schleswig-Holstein schwerpunktmäßig auf die Unterschriftensammlung für den »Krefelder Appell« sowie auf die Mitwirkung in »Friedensinitiativen« und bei »Friedenswochen« konzentriert. Für die Teilnehmer aus Schleswig-Holstein an der Großdemonstration in Bonn am 10. Oktober leistete sie den Großteil der Vorbereitungsarbeiten; ebenso war sie auch maßgeblich an der Ausgestaltung der zwei Kieler »Friedensforen« am 23. Mai und 12. Dezember beteiligt.

Im Rahmen ihrer traditionellen »Friedensarbeit« steuert die DFU maßgeblich die Initiative »Christen für die Abrüstung« (CfA), die über sie in die weltweite »Friedensarbeit« des »Weltfriedensrates« eingebunden ist. Mitglieder und Zielgruppe dieser Initiative sind vorwiegend Pastoren und andere kirchliche Mitarbeiter, die als Multiplikatoren für die Propagierung einer einseitigen Abrüstungspolitik betrachtet werden. Als Schwächung der eigenen Position werden von der CfA bereits auf dem Evangelischen Kirchentag im Juni in Hamburg deutlich gewordene Bestrebungen der »Christen für die Abrüstung innerhalb der Nordelbischen Kirche« betrachtet, die eine gleichgewichtige Abrüstung in West und Ost fordern und sich nachdrücklich, auch organisatorisch, von dem von der DFU gesteuerten Gesamtverband zu distanzieren versuchen.

Auch die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA), die in Schleswig-Holstein rd. 130 Mitglieder hat, von denen rund die Hälfte der DKP angehört, war 1981 in die »Friedenskampagne« der orthodoxen Kommunisten eingespannt. Sie konzentrierte ihre Arbeit auf die Unterschriftensammlung für den »Krefelder Appell« und die Agitation gegen die angebliche »neonazistische und undemokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland«.

Das »Friedenthema« nahm auch die 1974 mit Unterstützung der DKP gegründete »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK) auf, in der sich die DKP führende Positionen im Bundesvorstand sichern konnte, obwohl sich nur ein geringer Anteil der Mitglieder zur DKP bekennt. In Schleswig-Hol-

stein trat die DFG-VK in verschiedenen Orten mit einer Wanderausstellung »Nie wieder Krieg« in Erscheinung, wobei sie häufig mit örtlichen Kriegsdienstverweigerergruppen zusammenarbeitete.

4. Dogmatische »Neue Linke«

4.1 »Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)

Auch nach der im September 1980 erfolgten Abspaltung etwa eines Drittels der damals rd. 2400 Mitglieder des KBW konnte sich diese Organisation nicht konsolidieren. Da die parteiinternen politischen Gegensätze nicht zu überbrücken waren, versuchte das Zentrale Komitee (ZK) aus der Not eine Tugend zu machen: Zunächst öffnete der KBW sein Zentralorgan, die »Kommunistische Volkszeitung«, anderen politischen Gruppen, wobei die Zeitschrift in eine Wochenzeitung umgewandelt wurde. Dies erschien dem ZK noch nicht ausreichend: Auf der 6. Ordentlichen Delegiertenkonferenz im November wurde das Programm des KBW außer Kraft gesetzt; das Statut wurde in wesentlichen Passagen geändert. Bei der Diskussion um die politischen und programmatischen Positionen, die der KBW künftig verfolgen sollte, traten so tiefe Gegensätze zutage, daß viele Fragen, etwa die der Diktatur des Proletariats als Zielsetzung der Partei, ausgeklammert werden mußten. Nur so war eine erneute Spaltung der Organisation zu vermeiden. Die zur Neuorientierung verfaßten Resolutionen der Delegiertenkonferenz lassen die künftigen Schwerpunkte des politischen Kampfes des KBW erkennen: Umweltschutz und

Antimilitarismus. Der in einer dieser Resolutionen enthaltene Satz »Wir unterstützen alle Bewegungen, die einen neuen Zusammenschluß der gegenwärtig zersplitterten kommunistischen Kräfte zustande bringen«, bringt die neue Generallinie des KBW zum Ausdruck. Das Statut wurde dahingehend geändert, daß die Mitgliedschaft im KBW nicht mehr von einer vorgeschalteten Kandidatenzeit abhängig gemacht wird; vielmehr heißt es nun: »Mitglied des KBW ist, wer für das Ziel des Kommunismus eintritt und das Statut des KBW anerkennt, sich an der Tätigkeit des KBW beteiligt und den Mitgliedsbeitrag zahlt.« Der neuen, weniger dogmatischen Linie entspricht es auch, daß das frühere ZK in »Bundesleitung« umbenannt wurde.

Wegen der langandauernden und zum Teil heftigen Auseinandersetzungen um den künftigen politischen Kurs des KBW hielten sich auch seine Aktivitäten in engen Grenzen. Dies gilt bundesweit, in besonderem Maße jedoch für Schleswig-Holstein, wo der KBW nur noch über knapp 30 Mitglieder verfügt, deren Aktivitäten sich auf die Beteiligung an Aktionen anderer linksextremistischer Gruppierungen beschränkten.

Die Vermögenslage des KBW ist nach wie vor gesund. Er verfügt mit insgesamt 1000 Mitgliedern über ein Anlagevermögen von rd. 5,3 Millionen DM; darüber hinaus betätigt er sich erfolgreich unternehmerisch, so etwa durch ihm gehörende Verlagsunternehmen und Druckereien.

4.2 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Auch der BWK – die vom KBW abgespaltene Organisation – schaffte es weder auf Bundes- noch auf Landes-

ebene, mit eigenständigen Aktionen an die Öffentlichkeit zu treten. Anders als beim KBW dürfte Ursache hierfür jedoch die unzureichende Kapitalausstattung gewesen sein. Deshalb ist er nach wie vor bemüht, »seinen Anteil« vom KBW-Vermögen zu erstreiten, zumal er sich, da er am KBW-Programm von 1973 festhält, als der wahre Nachfolger des alten KBW ansieht.

Politisch hält der BWK an seiner Zielvorstellung fest, nach »Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie« die »Diktatur des Proletariats« zu errichten. Deswegen zielt sein Kampf zunächst darauf ab, »die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu stören, zu unterminieren und zu verhindern«. Eine hierzu gemeinsam mit anderen revolutionären Organisationen aufzubauende Einheitsfront soll nach der Vorstellung des BWK vom »strikten Defätismus« gegen die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Verteidigungszwecke gekennzeichnet sein.

Ebenso wie der KBW versucht der BWK, seiner politischen Aktionsunfähigkeit durch Öffnung gegenüber anderen revolutionären Organisationen entgegenzuwirken. Dabei ist der BWK jedoch insofern konsequenter, als er begonnen hat, mit verschiedenen anderen revolutionären Organisationen örtlich zusammenzuarbeiten. So wurde den Mitgliedern empfohlen, in die von der KPD 1979 gegründete »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden« (»Volksfront«) einzutreten. Einigen BWK-Mitgliedern ist es bereits gelungen, in dieser Organisation sogar Funktionen zu übernehmen. Über die lokale Zusammenarbeit von BWK und »Volksfront« hinaus sollen

zwischen beiden Organisationen nunmehr auch Gespräche auf Bundesebene geführt werden.

Auf Bundesebene hat der BWK rd. 600 Mitglieder; in Schleswig-Holstein ist er durch seinen etwa 40 Mitglieder starken Bezirksverband Holstein und den etwa 30 Mitglieder zählenden Bezirksverband Flensburg/Westküste vertreten. Die Mitglieder arbeiten in zum Teil von anderen kommunistischen Organisationen gegründeten oder unterwanderten Anti-Kernkraft-Initiativen in Kiel, Flensburg, Schleswig, Neumünster, Itzho, Elmshorn, Rendsburg und Norderstedt aktiv mit. Eine enge Zusammenarbeit zwischen BWK und »Volksfront« gibt es in Flensburg. Darüber hinaus bestehen Kontakte zu revolutionären türkischen Organisationen in Neumünster, Flensburg, Kiel und Elmshorn.

4.3 »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)

Unbeirrt hält die KPD (früher KPD/ML) an ihrem politischen Ziel fest, das zusammengefaßt im Schlußsatz der Präambel des Parteiprogramms formuliert ist:

»Mit diesem Programm wendet sich die KPD an die Arbeiterklasse und die Werktätigen Deutschlands mit dem Aufruf, sich auf dieser Grundlage zusammenzuschließen, um in der gewaltsamen sozialistischen Revolution die kapitalistische Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzubauen.«

Ebenso wie den anderen dogmatischen Gruppierungen der »Neuen Linken« gelingt es auch der KPD kaum noch, durch klassenkämpferi-

sche oder revolutionäre Parolen die »Massen« zu mobilisieren oder in nennenswertem Umfang Nachwuchs anzuwerben; so existiert in Schleswig-Holstein die KPD-Jugendorganisation »Kommunistische Jugend Deutschlands« – früher »Rote Garde« – nicht mehr. Wegen dieser Entwicklung hat das Zentralkomitee der KPD den früheren Grundsatz, mit keiner »konkurrierenden« Organisation Aktionseinheiten oder gar Bündnisse einzugehen, aufgegeben. Heute ist die KPD bereit, selbst mit der von ihr als revisionistisch und moskauhörig geschmähten DKP Aktionseinheiten einzugehen. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Mitarbeit der KPD in einer von der DKP initiierten »Kieler Friedensinitiative«, der Teilnahme an maßgeblich von der DKP organisierten »Friedensdemonstrationen« und der tatkräftigen Unterstützung der Unterschriftenkampagne zugunsten des »Krefelder Appells«. Von derselben Motivation getragen ist der Beschluß über die Zusammenarbeit der von ihr gegründeten »Volksfront« mit dem BWK.

Trotz des Fehlens eigener politischer Aktionen erlangte die KPD 1981 doch eine gewisse Publizität, als etwa 10 Mitglieder der »Sektion DDR« der KPD – daneben gibt es noch die Sektionen »Deutsche Bundesrepublik« und »Westberlin« – im Frühjahr vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet wurden. Protestaktionen der KPD – Besetzung des Büros der ADN in Bonn im Oktober und Demonstrationen auf dem Alexanderplatz in Ostberlin, die mit Gefängnisstrafen und Abschiebung endeten – blieben ohne Wirkung.

Auf Bundesebene konnte die KPD ihren Mitgliederbestand mit etwa 500 konstant halten; in Schleswig-Hol-

stein ist die Zahl der Mitglieder auf knapp 100 abgesunken, wobei mit ca. 75 Mitgliedern Kiel nach wie vor die Hochburg der KPD in Schleswig-Holstein ist und sich die anderen Mitglieder auf kleine, kaum lebensfähige Ortsgruppen verteilen, von denen lediglich die in Lübeck und Neumünster erwähnenswert sind.

Die »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden« (»Volksfront«), die auf Bundesebene 1500 und in Schleswig-Holstein 160 Mitglieder zählt, blieb im Gegensatz zu 1980, als sie einen überraschend vielfältigen und aktiven Wahlkampf zur Bundestagswahl führte, relativ inaktiv. Ob die neue Bündnispolitik mit dem BWK neue Aktivitäten auslöst, bleibt abzuwarten.

Bemerkenswerte Aktivitäten entwickelte dagegen die »Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition« (RGO), die auf Bundesebene 1300 Mitglieder zählt. Im vergangenen Jahr wurden in Schleswig-Holstein 15 Mitglieder in Betriebsräte gewählt, wobei das Wahlergebnis bei den Kieler Howaldtswerken (HDW) (21 % der Stimmen – 5 von 23 Sitzen der Arbeitergruppe) besonders ins Auge fällt; 1978 hatte die RGO nur drei Sitze im Betriebsrat der HDW erringen können. Die veränderte Taktik der RGO, statt eigene »revolutionäre Gewerkschaften« zu gründen, die Gewerkschaften von innen her zu erobern, um sie dann in »wahrhaft klassenkämpferische revolutionäre Gewerkschaften« umzuwandeln, wird von ihr selbst als erfolgreich eingeschätzt.

4.4 »Kommunistischer Bund« (KB)/ »Gruppe Z«

Während es im Vorjahr schien, als

hätte der KB nach der 1979 erfolgten Abspaltung der »Zentrumsfraktion« – später »Gruppe Z« – durch Straffung seiner Arbeitsschwerpunkte auf die Themen »Antifaschismus«, »Antimilitarismus« und »Alternative Wahlbewegungen« seinen organisatorischen Verfall noch einmal stoppen können, ist seine Mitgliederzahl 1981 weiter auf nunmehr 600 zurückgegangen. Auch die Auflage des KB-Zentralorgans »Arbeiterkampf« sank weiter ab auf 6000 Exemplare, von denen nur jeweils rd. 5000 Exemplare verkauft werden. Interne Analysen des KB führen den Verfall der Organisation und das Absinken der Auflagenzahl des »Arbeiterkampf« nicht nur auf ein allgemeines »Desinteresse an kommunistischer Politik« zurück, sondern auch auf das Erscheinen neuer linker Publikationsorgane, wie etwa »die Tageszeitung« (taz).

In Schleswig-Holstein sind organisatorische Strukturen des KB nicht mehr festzustellen. Seine noch vorhandenen rd. 50 Anhänger entwickeln Aktivitäten nur noch in zumeist der undogmatischen »Neuen Linken« zuzurechnenden Bürgerinitiativen. Ähnliches gilt für die etwa 30 Anhänger der »Gruppe Z«, deren Aktivitäten sich vornehmlich im Hamburger Randgebiet auf die Mitarbeit in der Partei »Die Grünen« beschränken.

5. Undogmatische »Neue Linke«

5.1 Begriff und Herkunft der »Undogmaten«

Innerhalb der »Neuen Linken« tritt seit längerer Zeit die undogmatische »Neue Linke« in vielfältigen Erschei-

nungsformen als dominierende Kraft des Widerstandes und des Kampfes gegen den Staat auf. Zu dieser politischen Richtung gehören Gruppierungen, die sozialrevolutionäre Konzeptionen vertreten oder anarchistische Bestrebungen verfolgen; gemeinsam ist ihnen die strikte Ablehnung marxistisch-leninistischer Dogmen und Modelle. Nicht dazu gehören bloße »Aussteiger« oder Anhänger alternativer Lebensformen.

Eine erste Generation der »undogmatischen Linken« entstand Ende der sechziger Jahre aus dem zerfallenden »Sozialistischen Deutschen Studentenbund«. Ein Teil gehört heute zum Umkreis des »Sozialistischen Büros«, das in Schleswig-Holstein allerdings kaum in Erscheinung getreten ist. Eine zweite Generation bildete sich etwa ab 1977 aus frustrierten abgesprungenen Anhängern der K-Gruppen; diese traten zunächst ausschließlich im Bereich der Hochschulen auf. Als dritte Generation kann das seit Ende 1980 entstandene extremistische Protestpotential von militanten Kernkraftgegnern, »Häuserkämpfern« und »Friedenskämpfern« bezeichnet werden, zu dem auch Teile der zweiten Generation gestoßen sind.

So unterschiedlich wie die politische Herkunft sind die Zielvorstellungen der einzelnen Gruppierungen. Manche von ihnen versuchen, durch vorgelebte Beispiele in Teilbereichen der Gesellschaft ihre Sozialvorstellungen zu demonstrieren. Sie hoffen, auf diese Weise – ohne Revolution im klassischen Sinne – einen kontinuierlichen Übergang in den Sozialismus/Kommunismus erreichen zu können. In diesen Gruppierungen finden sich häufig ehemalige Mitglieder der K-Gruppen. Andere Gruppen verfolgen

anarchistische Ziele, die sie ohne Anwendung von Gewalt erreichen wollen; als Beispiel sei insoweit auf die »Graswurzel-Föderation« verwiesen. Diese von ihnen vertretene »Gewaltfreiheit« schließt passiven Widerstand allerdings nicht aus, wie die Blockade der Zufahrtsstraßen zum Kernkraftwerk Brokdorf oder die Besetzung des Bohrloches 1004 bei Gorleben durch solche Gruppen gezeigt haben.

Mehr als diese Gruppen sind in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt die »Autonomen Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung« (AGAZ), die durch gewalttätigen »Widerstand« an allen Stellen den Staat zerschlagen wollen und zunehmend das Bild gewalttätiger Demonstrationen prägen. Das Handlungskonzept dieser AGAZ wird in dem Alternativblatt »Radikal« deutlich. Dort wird zum Zwecke des Widerstandes gegen das »System« die offene Auseinandersetzung mit dem Staat propagiert; »Dialoge mit der Macht« werden abgelehnt, da der Staat damit nur das Interesse einer Stabilisierung seiner Macht verfolgen könne. An den Staat sollten, so heißt es in dem Blatt weiter, nur solche Forderungen gestellt werden, die von vornherein unerfüllbar oder ganz irrational seien; Forderungen hätten nur propagandistischen Charakter. Zum »Häuserkampf« heißt es, daß Häuser nicht deshalb besetzt würden, um Wohnraum zu erlangen, sondern um Basen für den weiteren Kampf gegen das System zu gewinnen.

5.2 Undogmatische »Neue Linke« in Schleswig-Holstein

Ebenso wie im übrigen Bundesgebiet waren auch in Schleswig-Holstein die bevorzugten Aktionsfelder der Undogmaten der »Häuserkampf«,

die »Anti-Kernkraft-Bewegung« und die »Friedensbewegung«.

5.2.1 Hausbesetzungen

Bei einigen der insgesamt 28 in Schleswig-Holstein stattgefundenen Hausbesetzungen waren Extremisten beteiligt, und zwar ausschließlich Angehörige der undogmatischen »Neuen Linken«. Insoweit ist hervorzuheben die seit dem 3. Dezember 1980 andauernde Besetzung des »Sophienhofes« in Kiel. Hier konstituierte sich unmittelbar nach der Besetzung ein »Autonomes Zentrum« (AZ), das sich nach eigenen Bekundungen als »Zentrum des Widerstandes gegen den Staat« versteht. In einem entsprechenden Flugblatt wird ausgeführt, die Gegenseite – der Staat – wolle den Widerstand zerschlagen oder zumindest doch kanalisieren. Wörtlich heißt es:

». . . So wurde ihnen von der Gegenseite offensiv Möglichkeiten wie Bürgerbeteiligung, Petitionen, friedliche Demos, Orientierung auf Parteien und Parlamente usw. angeboten. Wenn wir uns ausschließlich auf diese Formen festschreiben lassen, wird in kurzer Zeit Ruhe im Land herrschen. Unsere Erfahrungen der letzten Jahre (Brokdorf, Grohnde, Bremen) haben deutlich gezeigt, daß nur dann, wenn wir unsere Interessen selbst und ohne jede Beschränkung in die Hand nehmen, unsere Vorstellungen durchgesetzt werden können.«

Entsprechend ihrem Selbstverständnis haben Angehörige des AZ wiederholt versucht, von ihrer »Zentrale« aus Widerstandsaktionen im Lande zu initiieren oder zu koordinieren. Beispiele hierfür sind gewalttätige Störungen der öffentlichen Rekrutenvereidigungen in Bad Segeberg

und Oldenburg/Holstein sowie verschiedene Hausbesetzungen und Hausbesetzerdemonstrationen. Auch in die Vorbereitungen für die Demonstration am 28. Februar in Brokdorf schaltete sich das AZ aktiv ein.

5.2.2 Anti-Kernkraft-Bewegung

Als militante Anti-Kernkraft-Gruppen oder -Initiativen sind im vergangenen Jahr mehrere autonome Bürgerinitiativen durch Aktionen in Erscheinung getreten, so die autonomen Gruppen der BUU Hamburg, die »Bewegung weiße rose«, Itzehoe, und ähnliche Gruppierungen in Kiel, Neumünster, Elmshorn, Heide und Schleswig. Diese Gruppen koordinieren ihr Vorgehen nicht nur untereinander, sondern auch mit ähnlichen militanten Gruppen in Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Für sie ist, wie es in ihren Schriften heißt, der Kampf gegen Kernkraftanlagen ein Teil der Auseinandersetzung mit dem Staat.

Die Hoffnung dieser militanten Gruppen, bei der Großdemonstration am 28. Februar in Brokdorf das Baugelände »wieder zur Wiese« machen zu können, erfüllte sich nicht. Unter den 50 000 bis 60 000 Demonstranten befanden sich lediglich 3000 gewaltbereite Kernkraftgegner, von denen letztlich nur 300 Gewalt anwendeten und insbesondere mit Molotow-Cocktails, Steinen und anderen Wurfgeschossen sowie mit Stahlkugeln und Leuchtgeschossen gegen Sicherheitskräfte vorzugehen versuchten.

Während andere an der Demonstration beteiligte extremistische Gruppierungen die Demonstration übereinstimmend als Erfolg werteten, da es trotz aller »politischen und juristischen Hilfe« gelungen sei, das De-

monstrationsverbot »massenhaft« zu durchbrechen und den »Protest an den Bauplatz zu tragen«, zeigten sich die militanten Gruppierungen vom Demonstrationsablauf und -ergebnis enttäuscht; nicht einmal der Bauzaun, so sagten diese, sei »angekratzt« worden.

Die militanten, zu den autonomen Gruppen zählenden Kernkraftgegner gingen deshalb in der Folgezeit dazu über, durch Brandanschläge und andere Sabotageakte gegen Einrichtungen der am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf beteiligten Firmen ihren Widerstand zu demonstrieren; ebenso organisierten sie Störungen der sogenannten »Brokdorf-Prozesse«, einschlägige Demonstrationen und Ausschreitungen. Wegen des Verdachts, solche Sabotageakte begangen zu haben, sind gegen Mitglieder der »Bewegung weiße rose«, die mit ihren rd. 15 Mitgliedern jede Form des praktischen Widerstandes gegen den Bau von Kernkraftwerken vertritt und nach eigenen Erklärungen »gegen die Staatsmacht« kämpft, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

5.2.3 »Friedensbewegung«

Während der »Friedenskampf« der DKP und die Aktivitäten der von ihr beeinflussten »Friedensinitiativen« das Ziel haben, einseitig die westliche Verteidigungskraft zu schwächen, aber auch die DKP mit der von ihr hierzu gesuchten Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen aus der bisherigen Isolierung innerhalb des übrigen Linksextremismus herauszuführen, sehen die »Friedensgruppen« und »antimilitaristischen Initiativen« der »Neuen Linken« die »Friedensarbeit« als einen Teil ihres Gesamtwiderstandes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung an.

Unterschiedliche Vorstellungen der beteiligten Gruppierungen der »Neuen Linken« – von den K-Gruppen über gewaltfreie Anarchisten bis hin zu den militanten Autonomen – zur Frage der Gewaltanwendung, aber auch unterschiedliche Haltungen zur Sowjetunion sowie grundsätzliche Differenzen im Staatsverständnis ließen es bislang nur zu Übereinstimmungen in den Nahzielen kommen; gegenwärtig ist dies die Verhinderung der geplanten »Nato-Nachrüstung«.

Nach der Bonner Friedensdemonstration im Oktober, auf der Gruppierungen der »Neuen Linken« nach eigenen Einschätzungen ihre Position nicht genügend vertreten konnten, war bei ihnen die Einsicht gewachsen, ihre »Friedensarbeit« regional und überregional koordinieren zu müssen. Hierzu hielten am 7. November antimilitaristische Initiativen und Organisationen eine Landeskonzferenz in Haddeby bei Schleswig ab, in deren Gefolge als erste Aktion eine Demonstration vor dem Nato-Hauptquartier »Landjut« in Rendsburg am 12. Dezember durchgeführt wurde. Dabei verkündete eine Vertreterin autonomer Gruppen aus Schleswig-Holstein:

»Die Friedensbewegung und die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt müssen Hand in Hand gehen. Für uns heißt das, nicht bei Protesten und Geldsammlungen zugunsten der Befreiungsbewegungen stehenzubleiben, sondern z. B. auch von der FMLN (Anm.: Gemeint ist die salvadorianische Befreiungsbewegung) lernen, den Kampf gegen den Imperialismus in der Metropole entschlossen, auf allen Ebenen und als gemeinsame Front mit allen antiimperialisti-

schen Kräften hier und in der Dritten Welt zu führen. Diese Demonstration ist Teil unseres Kampfes gegen die US-Besatzer und die BRD-Kapitalisten, die sich anschicken, dieses Land erneut zum Ausgangspunkt einer weltweiten imperialistischen Aggression zu machen.«

Neben diesen gemeinsamen Nahzielen und den längerfristigen Perspektiven, nämlich letztlich die Blockfreiheit der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen, streben sie über eine »neue Qualität der Zusammenarbeit« und eine »Stärkung des gemeinsamen Widerstandes« ein engeres Zusammenrücken an, ohne hierbei eine Front gegen den DKP-beeinflußten »Friedenskampf« errichten zu wollen.

Der Unterschied zwischen den beiden Flügeln der »Friedensbewegung« zeigte sich in den Agitations- und Kampfmitteln. Während die DKP sich innerhalb der vom Grundgesetz garantierten Demonstrationfreiheit zu bewegen bemühte, um so in Übereinstimmung mit dem demokratisch-bürgerlichen Flügel der »Friedensbewegung« zu bleiben, nutzten weite Teile der »Friedensbewegung der Neuen Linken« erprobte Mittel der Militanz zur »Durchsetzung des Friedens«. Schwere Krawalle anlässlich der Rekrutenvereidigungen in Oldenburg am 27. August und Bad Segeberg am 18. September sowie ein Brandanschlag auf das Kreiswehrersatzamt Itzehoe vor einem Bundeswehrgelöbnis in dieser Stadt am 9. Mai und zahlreiche vergleichbare gewalttätige Proteste im Bundesgebiet belegten dies. Zahllose Schmierereien wie zum Beispiel »Wir brauchen Eure Bomben nicht – wir bauen selber welche« (in Heide am 18. Februar) und

»Tod dem Staat, Krieg dem Krieg« (in Neumünster am 1. September) liegen auf derselben Linie.

6. Linksextremistischer Terrorismus und sein Umfeld

Das Erscheinungsbild des linksextremistischen Terrorismus wurde in den ersten Monaten des Jahres von zahlreichen Anschlägen und Aktionen während eines etwa zehn Wochen dauernden Hungerstreiks einseitiger terroristischer Gewalttäter bestimmt. In einer Erklärung forderten – wie auch schon in früheren Jahren – die sich als »Kriegsgefangene mit Geiselstatus« verstehenden Angehörigen der »Rote Armee Fraktion« (RAF) unter anderem die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, die Zusammenlegung zu sogenannten interaktionsfähigen Gruppen sowie die Freilassung des Genossen Günther Sonnenberg. Nach dem Tod des am Hungerstreik beteiligten Sigurd Debus wurde der Streik abgebrochen; die Protestaktionen ließen nach.

Die Hungerstreikaktion blieb ohne Unterstützung durch den illegalen Teil der RAF. Diese zeigte ihre Handlungsfähigkeit jedoch mit einem Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier der US-Luftwaffe und der Nato-Luftstreitkräfte am 31. August in Ramstein, durch den 20 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, und durch einen Raketenanschlag am 15. September auf den Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte Europa und der Nato-Heeresgruppe Mitte, General Kroesen, in Heidelberg.

Mit der Wahl dieser Angriffsziele folgt der »RAF-Kommandobereich«

dem Handlungskonzept eines im Oktober 1980 in einer konspirativen Wohnung in Heidelberg gefundenen Strategiepapiers, wonach eine Offensive auf verschiedenen Ebenen ergriffen werden sollte, auf der militärischen gegen US-Armee und Bundeswehr (Basen), auf der politischen gegen Repräsentanten der SPD und der Bundesregierung sowie gegen »Multis« und den »Repressionsapparat«. Mit diesen Anschlägen versuchte die RAF, die von extremistischen Teilen der »Friedensbewegung« geschürten anti-amerikanischen Gefühle als vermeintlichen Sympathiehintergrund zu nutzen. In einem Bekennerbrief nach dem Anschlag in Ramstein versuchte sie sogar, einen direkten Bezug zwischen der »Friedensbewegung« und ihrem eigenen Konzept herzustellen.

Dem aus der Illegalität heraus operierenden »Kommandobereich der RAF« stehen Unterstützerkreise auf legaler Ebene zur Seite. Neben agitatorischer Unterstützung, Hilfeleistung für Einsitzende und logistischen Vorbereitungsmaßnahmen der »legale RAF-Bereich« im vergangenen Jahr erstmalig die Ziele der RAF durch eigene terroristische Aktionen unterstützt. Von denen ist besonders der Brandanschlag auf das »Haus der SPD« am 1. September in Frankfurt zu erwähnen, wo die sich zu diesem Anschlag Bekennenden »... die genossinnen/en, die am 31. 8. 1981 das hauptquartier der us-streitkräfte ... in ramstein ... angegriffen haben ...« grüßten und ihr Bekenntnis mit »Solidarität mit der RAF« unterzeichneten.

»Revolutionäre Zellen« (RZ), die sich weder organisatorisch noch von ihrer politischen Absicht her fest eingrenzen lassen, nahmen ihrer Strategie

entsprechend aktuelle politische Anliegen zum Anlaß für zahlreiche Gewaltakte. Während einige Anschläge in Zusammenhang mit dem Anfang des Jahres durchgeführten Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter standen, waren in anderen Fällen Angriffsobjekte die wirtschaftlich oder politisch für den Ausbau der Kernenergie oder die Förderung anderer technischer Großvorhaben Verantwortlichen. So übernahm eine »Revolutionäre Zelle« die Verantwortung für den Mordanschlag auf den hessischen Wirtschaftsminister Karry am 11. Mai. In einem späteren Bekennerbrief behauptete sie, sein Tod sei nicht beabsichtigt, sondern sei der »große – nicht einkalkulierte – Zufall ...« gewesen; es sei geplant gewesen, Minister Karry »durch mehrere Schüsse in seine Beine« zu verletzen, um ihn daran zu hindern, »zerstörerische Projekte weiter zu verfolgen«.

Nicht selten legten sich jedoch militante Gruppen der undogmatischen Linken nach gewalttätigen Anschlägen in Bekennerbriefen die Bezeichnung »Revolutionäre Zelle« zu, um damit die Existenz solcher, revolutionäre Kraft ausstrahlender Gruppen vorzutäuschen.

So sind auch die in Schleswig-Holstein durchgeführten Brand- und Sprengstoffanschläge solchen »Resonanzzellen« zuzuschreiben. Hierzu zählt zum Beispiel ein Sprengstoffanschlag auf das Lübecker Arbeitsamt am 19. April als Höhepunkt einer unter dem Motto »Dinnen und draußen ein Kampf« durchgeführten Solidaritätsaktion für einsitzende »RAF«-Gefangene; gleiches gilt für einen mißglückten Brandanschlag auf einen als Gesprächswagen genutzten Wohnanhänger des SPD-Kreisver-

bandes Lübeck im Mai und für einen Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Staatsanwaltschaft in Lübeck am 28. Juni. Solchen Pseudo-»RZ« sind auch zuzuschreiben eine versuchte Brandlegung an einem Baukran in Lübeck am 10. August, die nach einem Bekennerbrief unter Bezugnahme auf den »Häuserkampf« als »Protest gegen Wohnungsnot und die Zerstörung unseres Wohnraumes« verstanden werden sollte, und ein nächtlicher Brandanschlag auf die unbewachte Baustelle des Amtsgerichts in Kiel am 13. August, der nach einem Bekennerbrief dem »Schweinesystem des US-BRD-Imperialismus« galt. Die jeweiligen zu den Anschlägen herausgegebenen Bekennerbriefe waren mit »Revolutionäre Zellen« unterzeichnet oder mit dem RZ-Emblem (fünfsackiger Stern mit Zusatz »RZ.«) gekennzeichnet.

Sicherheits-
gefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern in
Schleswig-Holstein
1981

C

C. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

1. Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)

Ende des vergangenen Jahres lebten in Schleswig-Holstein bei einer Gesamtbevölkerung von 2,6 Mio. rund 93 000 Ausländer (1980: ca. 86 000). Das waren 3,6 % aller Einwohner. Nach wie vor stellten die Türken mit ca. 39 000 (1980: ca. 36 000) das größte Kontingent. Es folgten bei nur geringen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr

– Jugoslawen	ca. 6000,
– Italiener	ca. 4000,
– Spanier	ca. 3000,
– Griechen	ca. 3000,
– Portugiesen	ca. 2500,
– Angehörige arabischer Staaten	ca. 2000,
– Iraner	ca. 1000

An den Hochschulen Schleswig-Holsteins studieren über 1000 Ausländer; den Schwerpunkt bildet hierbei die Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

2. Internationaler Terrorismus

Auch im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland politisch motivierte Terror- und Gewaltakte von Ausländern begangen.

Im März verlor die Ehefrau des Leiters der »Moslem-Bruderschaft« in Aachen bei einem Anschlag einer ausländischen Terrorgruppe, der vermutlich ihrem Ehemann galt, ihr Leben.

In Süddeutschland kam es zu Gewaltakten gegen jugoslawische Einrichtungen und Exilkroaten, wobei im Oktober in München ein Kroatier getötet wurde.

Palästinensische Terroristen verübten im benachbarten Ausland zahlreiche Anschläge gegen Juden, israelische Staatsangehörige und Einrichtungen sowie gegen Persönlichkeiten, die für eine Einigung zwischen Israel und der palästinensischen Seite eintreten, nicht jedoch in der Bundesrepublik Deutschland.

3. Politischer Ausländerextremismus

Die an der Verfassungsordnung und den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland orientierten Begriffe »Rechtsextremismus« und »Linksextremismus« sind nur mit Einschränkung zur Charakterisierung der Zielsetzung ausländischer extremistischer Gruppierungen geeignet.

Der weitaus überwiegende Teil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer verhielt sich auch im vergangenen Jahr gesetzestreu und loyal. Selbst Mitglieder extremistischer Organisationen von Ausländern identifizieren sich nicht immer und uneingeschränkt mit deren politischen Zielen, insbesondere nicht mit den Aktivitäten ihrer Funktionäre. Vielmehr suchen sie in solchen Organisationen häufig in erster Linie gesellschaftlichen und kulturellen Anschluß an Landsleute; zum Teil erhoffen sie auch Hilfestellungen für das Leben im Gastland.

Anlaß für die politischen Aktivitäten ausländischer Extremisten sind überwiegend die politischen oder sozialen Verhältnisse in ihren Heimatlän-

dern, wobei linksextremistische Ausländerorganisationen häufig Unterstützung von gleichgesinnten deutschen Gruppierungen finden. In jüngster Zeit sind jedoch zunehmend Aktionen gegen innenpolitische Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen. Anlaß waren zum Beispiel die in den letzten Monaten diskutierten und getroffenen ausländerrechtlichen Maßnahmen. Vor allem wenden sich Ausländerorganisationen gegen die ihrer Meinung nach stark zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gesamtmitgliederzahl ausländischer extremistischer Organisationen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert; insgesamt wurden über 110 000 ausländische Extremisten festgestellt; ca. 80 000 sind dem linksextremistischen und ca. 30 000 dem rechtsextremistischen Lager zuzurechnen.

3.1 Türken

Unter den extremistischen Ausländerstellentürkischelinksextremistische und rechtsextremistische Gruppierungen mit je etwa 26 000 Anhängern seit Jahren den größten Anteil; zugleich ist die Gegnerschaft zwischen diesen Gruppen besonders stark ausgeprägt. Grund hierfür ist die politische Polarisierung in der Türkei und das darauf beruhende wechselvolle politische Schicksal des Landes.

In Schleswig-Holstein haben die extremistischen türkischen Organisationen etwa 700 Mitglieder; 400 sind in sechs rechtsextremistischen und 300 in sechs linksextremistischen Gruppen organisiert.

3.1.1 Türkische Rechtsextremisten

Die in Schleswig-Holstein bestehenden »Türkischen Gemeinschaften« in Kiel, Lübeck und Neumünster sind der extrem-nationalistischen »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa« (ADÜTDF) zuzuordnen. Die Föderation steht der MHP (»Partei der Nationalen Bewegung«) nahe, deren Anhänger häufig als »Graue Wölfe« bezeichnet werden. Die politischen Ziele der nationalistischen, orthodox-islamischen »Nationalen Heilspartei« (MSP) werden durch die »Organisation Nationaler Standpunkt« in Lübeck und durch die beiden 1981 gegründeten Zweigstellen der »Türkischen Union Europa e. V. Köln« in Kiel und Neumünster vertreten.

Die »Türkische Gemeinschaft Kiel und Umgebung e. V.« schickte im vergangenen Jahr wiederholt Informationsmaterial an Behörden des Landes, mit dem sie darzulegen versuchte, daß sie zu Unrecht als extremistisch eingestuft werde.

An einem von der »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« (ADÜTDF) am 17. Oktober in Bonn veranstalteten »Protestmarsch für die Demokratie und nationale Einheit in der Türkei« nahmen auch Türken aus Schleswig-Holstein teil.

Die politische Bestätigung der drei genannten MSP-orientierten Organisationen beschränkte sich 1981 auf interne Vereinsarbeit und gelegentliche Verteilung von Flugblättern in Neumünster.

3.1.2 Türkische Linksextremisten

Linksextremistische Türken sind in Schleswig-Holstein im »Solidaritätsverein der Türkischen Arbeiter in Lü-

beck« – Mitgliedsverein der orthodox-kommunistischen »Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF) – und den maoistisch orientierten Gruppen »Solidaritätsverein der Arbeiter aus der Türkei in Kiel«, »Verein der Arbeiter aus der Türkei in Neumünster« und »Verein der Studenten aus der Türkei in Kiel« organisiert. Darüber hinaus sind in zwei Städten des Landes kleinere Zusammenschlüsse linksextremistischer Türken aufgetreten; ihre Organisationsformen und politischen Absichten sind jedoch nicht eindeutig erkennbar.

Türkische Linksextremisten demonstrierten in Schleswig-Holstein 1981 gegen das Militärregime in der Türkei und gegen »Faschismus«. Die bedeutendste Demonstration fand mit über 1500 Teilnehmern am 13. Juni in Kiel als Protestveranstaltung gegen die »Kieler Türkenschlacht« vom 31. Mai statt. Die Teilnehmer waren aus mehreren Bundesländern angereist; sie wurden auch von deutschen extremistischen Organisationen unterstützt. Türken aus Schleswig-Holstein nahmen auch an Großdemonstrationen teil, die linksextremistische türkische Organisationen am 12. September in Köln, in Dortmund und in Duisburg anlässlich des ersten Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei veranstalteten.

3.1.3. **Politische Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksextremistischen Türken**

Nach der Machtübernahme des Militärs in der Türkei am 12. September 1980 waren die Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextre-

mistischen Türken in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Intensität zurückgegangen. Im vergangenen Jahr nahmen sie jedoch wieder zu, nachdem sich in allen politischen Lagern Unzufriedenheit mit der türkischen Militärregierung eingestellt hatte. Zunächst protestierten gegen die Militärregierung nur linksextremistische türkische Organisationen. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde jedoch auch zunehmend Kritik aus dem rechtsextremistischen Lager laut, das der Junta vorwarf, gegen Anhänger rechtsgerichteter Gruppierungen zu hart vorzugehen, die »Kommunisten« dagegen zu schonen.

Schwerpunkte in der Agitation linksextremistisch orientierter Türken waren der »Kampf gegen Faschismus« und der Kampf gegen die »Grauen Wölfe«. Nationalistisch eingestellte Landsleute griffen dagegen ohne Differenzierungen alle linksstehenden Organisationen als »kommunistisch« an.

Den bisherigen Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen unter den in Schleswig-Holstein lebenden extremistischen Türken bildete die »Kieler Türkenschlacht« am 31. Mai. Die »Türkische Gemeinschaft Kiel« hatte beabsichtigt, an diesem Tag ihr vierjähriges Bestehen und die Befreiung Byzanz' von den Griechen (1453) mit einer folkloristischen Veranstaltung in einer Kieler Schule zu feiern. Zur Vorbereitung des Festes fuhr eine Gruppe von ca. 20 Personen zum Veranstaltungsort. Zwischen ihr und 150 dort bereits wartenden türkischen und deutschen politischen Gegnern kam es nach kurzem erregtem Disput zu einer mit Stöcken, Ketten, Messern und Schlagringen aus-

getragenen Schlägerei. Der erst später eintreffende ehemalige Vorsitzende der »Türkischen Gemeinschaft Kiel« steuerte während der Auseinandersetzung seinen Pkw in eine Gruppe der an der Schlägerei Beteiligten. Insgesamt wurden etwa 30 Personen zum Teil schwer verletzt.

In Flensburg ereigneten sich in den ersten Monaten des vergangenen Jahres wiederholt tätliche Auseinandersetzungen zwischen Türken unterschiedlicher politischer Einstellung, bei denen mehrere Beteiligte verletzt wurden.

In Lübeck wurde der 1. Vorsitzende der dortigen »Türkischen Gemeinschaft« am 1. Mai von politischen Gegnern zusammengeschlagen, als er eine Mai-Kundgebung filmte.

3.2 Iraner

Wegen der Massenhinrichtungen, der Diktatur der Mullahs und der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage im Iran haben Zahl und Aktivitäten der hier lebenden iranischen Khomeini-Gegner erheblich zugenommen. Befürworter des Regimes, die nach Errichtung der islamischen Republik im Iran auch hier anfangs die Oberhand hatten, verloren im letzten Jahr viele ihrer Anhänger.

Befürworter des Khomeini-Regimes sind in Schleswig-Holstein als Anhänger der nationalistischen »Union der Islamischen Studentenvereine in Europa« (UISA), der orthodox-kommunistischen »TUDEH-Partei« und der orthodox-kommunistischen »Volksfedayin« (Mehrheit) tätig.

Die Khomeini-Gegner bekennen sich zu der marxistisch-leninistischen Organisation »PEYKAR«, den islamisch-marxistischen »Volksmojahedin« (PMOI) und den marxistisch-

leninistischen »Volksfedayin« (Minderheit). Weitere in Schleswig-Holstein lebende iranische Oppositionelle, wie z. B. Schah-Anhänger und Sympathisanten des »Iranischen Komitees 30. Tir« sind im vergangenen Jahr kaum in Erscheinung getreten. Die Zahl der sich zu einem der beiden Lager bekennenden Iraner beträgt in Schleswig-Holstein 80.

An der Universität Kiel beschränkten sich die Auseinandersetzungen zwischen den iranischen Studenten unterschiedlicher politischer Auffassung zunächst auf gegenseitige verbale Angriffe. Nachdem Anhänger der orthodox-kommunistischen »Tudeh-Partei« beschuldigt worden waren, Spitzeldienste für das iranische Regime zu leisten, kam es am 25. Juni zu tätlichen Auseinandersetzungen auf dem Gelände der Universität, an denen rd. 100 Personen beteiligt waren, von denen mehrere verletzt wurden. Hierbei standen Anhänger der Organisation »Peykar« und der »Volksmojahedin« Anhängern der UISA und der »Tudeh-Partei« gegenüber; letztere wurden von Mitgliedern der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) unterstützt.

3.3 Araber/Palästinenser

In Kiel sind als extremistische arabische Organisationen die sozialrevolutionären Gruppen »Generalunion Arabischer Studenten« (GUAS) und die »Palästinensische Studentenvereinigung Kiel« (PSV) mit etwa 20 Anhängern in Erscheinung getreten; bis auf eine gegen Israel gerichtete Filmveranstaltung gingen von ihnen jedoch keine nennenswerten politischen Aktivitäten aus.

3.4 **Pakistani**

In Schleswig-Holstein leben mehrere Anhänger der sozialrevolutionären »Pakistan Peoples Party« (PPP), der in Pakistan verbotenen Partei des im April 1979 hingerichteten ehemaligen pakistanischen Ministerpräsidenten Bhutto, die die Machtübernahme in Pakistan anstrebt. Sie trafen sich im März in Halstenbek und im Juni in Ruhwinkel bei Neumünster, beschränkten sich jedoch auf die Anklage des Militärregimes in ihrer Heimat als »Regime des Terrors und der Brutalität«.

3.5 **Afghanen**

Die »Afghanische Studentenvereinigung Kiel«, die der maoistischen »Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland« (GUAfS) zuzuordnen ist, wandte sich erneut in scharfer Form gegen die Regierung Karmal und gegen die Besetzung Afghanistans durch sowjetisches Militär. Sie verurteilte sowohl den russischen »Sozialimperialismus« als auch den »US-Imperialismus«. Darüber hinaus forderte sie die Völker der Welt auf, den »gerechten Kampf des afghanischen Volkes« moralisch und materiell zu unterstützen.

3.6 **Chilenen**

Am 27. Juni demonstrierten Anhänger der sozialrevolutionären »Unidad Popular« – eine Bewegung des früheren chilenischen Staatspräsidenten Allende – in Kiel gegen den »chilenischen Faschismus«, gegen die Militärdiktatur in Chile und gegen die Anwesenheit von sechs Offizieren der chilenischen Marine in Kiel. Unter den ca. 100 Demonstrationsteilnehmern befanden sich auch rd. 25 Mitglieder der DKP und etwa 60 Exilchilenen, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren.

Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1981

D

D. Spionageabwehr

1. Allgemeines

Auch im Jahre 1981 waren mehrere tausend Agenten von Geheimdiensten der Ostblockstaaten in der Bundesrepublik Deutschland tätig. Ihre Auftraggeber interessierten sich für Informationen nicht nur aus dem militärischen Bereich (Bundeswehr und Nato-Dienststellen), sondern auch aus Parteien, Behörden, Gewerkschaften, Kirchen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsbetrieben.

Obwohl im Verlaufe der letzten Jahre eine Reihe von Agenten festgenommen werden konnte und andere sich wegen der Befürchtung, erkannt worden zu sein, in ihre Herkunftsländer abgesetzt hatten, ist der Umfang der Spionagetätigkeit nicht zurückgegangen. Es gibt Anzeichen dafür, daß im Ostblock erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um entstandene Lücken im Agentenstamm alsbald wieder zu füllen.

Die Agenten des Ostblocks arbeiten nicht nur konspirativ. Seit Jahren nutzen sie auch die Möglichkeiten der offenen Beschaffung von Informationen. Dies geschieht insbesondere in den Bereichen Wirtschaftswissenschaft, Technik und Forschung. Dabei machen die gegnerischen Nachrichtendienste sich den Umstand zunutze, daß während der Forschungs- und Entwicklungsphase wissenschaftliche Erkenntnisse weitgehend noch ungeschützt sind.

In rd. 90 % der in Schleswig-Holstein erkannten Spionagefälle (im Bundesgebiet rd. 70 %) waren Nachrichtendienste der DDR Auftraggeber. Wenn diese durch Überläufer und Erfolge der Spionageabwehr der

Bundesrepublik Deutschland auch einige Rückschläge in den letzten Jahren hinnehmen mußten, so haben doch die zahlreichen unerkannten Agenten dazu beigetragen, daß die Nachrichtendienste der DDR von ihrer Staatsführung öffentlich gelobt und anerkannt werden konnten. Der Vorsitzende des DDR-Staatsrates und der SED, Erich Honecker, sprach 1981 den »heldenhaften Kämpfern an der unsichtbaren Front« über die DDR-Medien öffentlich »Dank und Anerkennung« aus und stellte heraus, der Staatssicherheitsdienst habe seinen »Klassenauftrag mit hoher Einsatzbereitschaft und großem politischen Verantwortungsbewußtsein« erfüllt. Zugleich äußerte er die Erwartung bleibender »Treue und Ergebenheit« gegenüber der SED.

2. Ostblock-Spionage in Schleswig-Holstein

2.1 Umfang, Zielrichtung und Methoden

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß der Umfang der geheimdienstlichen Aktivitäten in Schleswig-Holsteinsich im Jahre 1981 wesentlich verändert hat. Die Zahl der erkannten Aktivitäten ist gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gesunken.

Auch bei der Auswahl der Objekte für die Ausforschung gab es keine schwerpunktmäßige Verschiebung. Fast jeder dritte Verdachtsfall betraf wiederum den Bereich »Politik, Verwaltung und Verbände«. Mit gleicher Intensität wurden Einrichtungen der Bundeswehr und der Nato ausspioniert. Jeder fünfte Verdachtsfall bezog sich auf den Bereich »Wirtschaft und Forschung«.

Werbungen und Werbungsversuche kamen überwiegend bei Reisen

in die DDR oder nach Ost-Berlin und durch Briefanbahnungen nach solchen Reisen, in vielen Fällen auch anlässlich von Übersiedlungen aus dem Ostblockzustande.

Auffällig oft wurden junge Menschen angesprochen, die ihre Schul- oder Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen hatten. Dies ist ein Hinweis auf die langfristigen Perspektiven der Ostblock-Nachrichtendienste.

2.2 Ein Schwerpunkt in der Methodik der DDR-Nachrichtendienste: Die Anwerbung junger Mitbürger

Den DDR-Nachrichtendiensten ist besonders daran gelegen, solche Personen als Agenten zu gewinnen, die wegen ihrer guten Vorbildung und Ausbildung oder wegen ihrer beruflichen Tätigkeit besonders wichtige und unter normalen Umständen schwer zugängliche Informationen beschaffen können. Sie bemühen sich, vor allem junge Menschen anzuwerben, die ihre Berufs- oder Schulausbildung noch nicht abgeschlossen haben, um die Berufswahl solcher »Perspektiv-Agenten« steuern und diese später in besonders interessante Ausspähuungsobjekte schleusen zu können. Zur Anbahnung bedienen sie sich der bewährten Mittel der Ansprache bei Reisen in die DDR oder nach Ostberlin und der Anknüpfung von Briefkontakten. Im einzelnen sind folgende Anbahnungsmethoden bekannt geworden:

- Ansprache von Teilnehmern an Jugendgruppenfahrten oder von Schülern auf Klassenfahrten in die DDR oder bei Tagesbesuchen in Ost-Berlin,
- Ansprache von Schülern und Studenten, die sich in Ostberliner

Büchereien nach marxistischer Literatur umsahen,

- Ansprache Jugendlicher während eines DDR-Verwandtenbesuches oder Einleitung einer Briefverbindung nach einem solchen,
- Ausnutzung von Liebesbeziehungen mit Partnern in der DDR,
- Ausnutzung von - oftmals provozierten - Verstößen gegen Strafvorschriften der DDR, z. B. unerlaubter Devisentausch,
- briefliche Kontaktaufnahme durch angeblich gleichaltrige Partner in der DDR über Freundschaftsannoncen in Jugendmagazinen.

Die Anbahnungen über Briefkontakte weisen durchweg folgende übereinstimmende Vorgehensweisen auf:

- Die Absender geben sich fast immer als Mitarbeiter von Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften, Forschungsinstituten oder ähnlichen Einrichtungen aus. Besonders häufig tauchen auf:
 - »Arbeitskreis für internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik«,
 - »Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Bildungspolitik«,
 - »Arbeitsgemeinschaft für prognostische Forschung«.
- Die Briefe werden zumeist in West-Berlin aufgegeben.
- Es werden Gesprächsthemen gewählt, die für Jugendliche für besonders interessant gehalten werden, z. B. Jugendbegegnungen, Frieden, Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten, Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, Problematik der »Berufsverbote« und rechtsextremistische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland.
- Es ergehen Einladungen zu Gesprächen in Ostberlin oder während der Leipziger Messe.

– Die Erstattung der Reisekosten durch die jeweilige »Institution« wird angeboten.

– Als Treffpunkt wird oft die Rezeption eines Hotels vorgeschlagen.

Etwaige während der Anbahnung aufgekommene Bedenken werden mit dem Hinweis auf die angeblich offizielle Aufgabe der Einrichtung als unbegründet hingestellt. Im Erfolgsfall werden erste unbedeutende Aufträge erteilt. Auch diese weisen überwiegend einheitliche Merkmale auf; vorwiegend geht es dabei um

– Lieferung von Zeitungen, Analysen und Studien.

– Auswertung von Literatur,

– Besuch von Tagungen und Fachausstellungen mit anschließender Berichterstattung.

Erst später wird auf die Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben gedrängt.

2.3 Einzelfälle

In vielen Fällen wurde durch Offenbarung bei der Spionageabwehr der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein eine nachrichtendienstliche Verstrickung verhindert oder gelöst und eine Bestrafung abgewendet. Jede Offenbarung gegenüber Sicherheitsbehörden trägt dazu bei, daß die Spionageabwehr eine wichtige Hilfe bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, die Ausspähung von Wirtschaft, Politik und Verteidigung unseres Landes zu bekämpfen, erhält. Überwiegend durch Offenbarung bekannt geworden sind z. B. folgende Einzelfälle:

Fall 1:

Mitglieder einer evangelischen Jugendgruppe aus Schleswig-Holstein,

die zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit jungen Christen in die DDR gefahren waren, wurden von einer männlichen Person, die sich später als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) entpuppte, zum Essen und zu einem Informationsgespräch eingeladen. Zwei Schüler der Jugendgruppe nahmen die Einladung an und unterhielten sich über Jugendarbeitslosigkeit, »Berufsverbote« und den nach ihrer Ansicht sich verstärkenden »Rechtstrend« in der Bundesrepublik Deutschland. Bei kritischen Anmerkungen der beiden Schüler zu den Verhältnissen in der DDR wechselte der Gesprächspartner sofort das Thema.

Schließlich erbat er die Anschriften der Schüler, ohne seine eigene Adresse anzugeben. Auf die Frage der Schüler, worin sein Interesse an einem Kontakt mit ihnen bestehe, antwortete der MfS-Mitarbeiter, er habe einen guten Griff, wenn er in den Computer fasse, womit er die Speicherung sämtlicher Personendaten von Reisenden auf den Transitwegen, in die DDR oder nach Ostberlin durch Grenzkontrollorgane der DDR ansprach, die später im Bedarfsfall nachrichtendienstlich genutzt werden. Kurz nach ihrer Rückkehr erhielten die Schüler einen Brief ihres Gesprächspartners mit einer Einladung zur Leipziger Messe, nach Potsdam oder Ost-Berlin, um die geknüpften Kontakte fortzuführen.

Fall 2:

Ähnliche Einladungen erhielten Schüler einer Oberstufe eines Gymnasiums im Lübecker Raum, die während einer Klassenfahrt einen Tagesbesuch in Ost-Berlin gemacht hatten.

Einer der Briefe, der von einer den Schülern unbekanntem Person handschriftlich verfaßt war, lautete wie folgt:

»Berlin, den 22. Januar 1981

Hallo Peter!

Dir wird sicherlich bekannt sein, daß jährlich im Frühjahr und im Herbst Leipzig zu einem Anziehungspunkt für Geschäftsleute, aber auch für Touristen aus verschiedenen Ländern geworden ist. Neben der Handelstätigkeit kommen hier Menschen zusammen, die zum einen Leipzig mit seinen vielen historischen Stätten kennenlernen wollen und zum anderen sich gedanklich über Fragen der Politik, der Kultur oder andere aktuelle Themen unserer Zeit austauschen möchten.

In bewährter Tradition ist deshalb unserer »Arbeitskreis für internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik« bestrebt, mit möglichst vielen Interessenten während eines Besuchs der Leipziger Frühjahrsmesse, die in diesem Jahr in der Zeit vom 8. bis 16. März stattfindet, ins Gespräch zu kommen.

Falls Du an einem Messebesuch interessiert bist, möchte ich Dich hiermit herzlich für 2 Tage nach Leipzig einladen. Für die Einreise benötigst Du lediglich Deinen gültigen Reisepaß und einen Messeausweis, den Du anstandslos in jedem größeren Reisebüro bekommen kannst. Entstehende Aufenthalts- und Übernachtungskosten werden vom Arbeitskreis getragen. Sollte es finanzielle Schwierigkeiten geben, sind wir auch bereit, uns an den Fahrtkosten zu beteiligen. Abschließend möchte ich Dich bitten, mir auf meinen Brief umgehend zu antworten, ob und wann Du zur Leipziger Messe kommen möchtest. Nach

Deiner brieflichen Zusage teile ich Dir dann mit, wie wir uns in Leipzig treffen. Bis dahin verbleibe ich mit besten Grüßen

Jörn Meyer«

Fall 3:

Bei einem Tagesaufenthalt in Ost-Berlin wurden einige Schüler von einem Mann, der, wie sich später herausstellte, einem DDR-Geheimdienst angehörte, zum verbotenen Tausch von Devisen verleitet. Kurze Zeit später wurden sie von einem anderen jungen Mann angesprochen, der sie zu einem kleinen Umtrunk einlud. Ein Schüler folgte der Einladung. Ihm wurde alsbald vorgehalten, er habe sich durch den Geldumtausch nach den Gesetzen der DDR strafbar gemacht. Man werde ihn jedoch nicht bestrafen, wenn er eine Erklärung unterzeichne, jederzeit für den Frieden einzutreten und über diese Verpflichtung Stillschweigen zu bewahren. Aus Angst, in der DDR festgehalten zu werden, unterschrieb der Schüler diese Erklärung. Einige Monate später erhielt er einen Brief, in dem er an seine Verpflichtung erinnert und gebeten wurde, das begonnene Gespräch in Rostock fortzusetzen; die Kosten der Reise würden ihm erstattet werden.

Fall 4:

Eines Tages erhielt der damals 19jährige Wehrpflichtige W. von einer ihm unbekanntem angeblichen Studentin aus der DDR einen Brief, in dem sie angab, einen Briefpartner in Westdeutschland zu suchen. Die Adresse, so schrieb sie, habe sie von einem Mädchen erhalten, das aus dem Schulort des Wehrpflichtigen stamme. In der Folgezeit entwickelte

sich ein reger Briefverkehr zwischen W. und der Studentin, in dessen Folge sie vereinbarten, sich in der DDR zu treffen. Zu diesem Treffen erschien die „Studentin“ in Begleitung eines Mannes, der W. als interessanter Gesprächspartner mit guten Kenntnissen in wirtschaftlichen und politischen Dingen sowie über die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland erschien. Tatsächlich handelte es sich um einen Führungsoffizier eines DDR-Nachrichtendienstes. Bereits beim nächsten Besuch wurde W. auf der Basis eines journalistischen Mitarbeitervertrages gegen entsprechendes Honorar nachrichtendienstlich verpflichtet.

In den folgenden Jahren nahm W., der inzwischen seinen Wehrdienst abgeleistet und eine qualifizierte Berufsausbildung begonnen hatte, zahlreiche nachrichtendienstliche Treffs in der DDR wahr. Hierbei wurde er nachrichtendienstlich ausgebildet und mit falschen Papieren ausgestattet. Später erhielt er auch eine Ausbildung im Umgang mit nachrichtendienstlichen Funkgeräten. Zielgerecht versuchte sein Führungsoffizier, ihn in eine nachrichtendienstlich besonders ergiebige Berufsrichtung zu drängen. Um seine berufliche Laufbahn wegen etwaiger Sicherheitsbedenken nicht zu gefährden, wurden die nachrichtendienstlichen Treffs dann nur noch auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland abgewickelt.

2.4 Festnahmen

Im Frühjahr wurden zwei Bürger aus Schleswig-Holstein wegen nachrichtendienstlicher Aktivitäten für die DDR festgenommen; das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Ende September wurde in Lübeck ein 59jähriger Einwohner aus Ost-Berlin festgenommen, der im Verdacht steht, Mitarbeiter eines DDR-Nachrichtendienstes zu sein und bei seiner Festnahme außer einem größeren DM-Betrag einen Film mit Aufnahmen von Aufzeichnungen militärischer Anlagen in Schleswig-Holstein und einen falschen Ausweis mit sich führte.